

## Die religiöse Rechte in den USA: Basis der Bush-Administration?

Braml, Josef

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Braml, J. (2004). *Die religiöse Rechte in den USA: Basis der Bush-Administration?* (SWP-Studie, 35/2004). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-243805>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Josef Braml*

## Die religiöse Rechte in den USA

Basis der Bush-Administration?

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2004

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

5	<b>Problemstellung und Schlußfolgerungen</b>
7	<b>Die politische religiöse Rechte in den USA</b>
7	Der religiöse Faktor in der amerikanischen Gesellschaft
9	Christliche Rechte als treibende Kraft der politischen Umstrukturierung
10	Pragmatische Machtsymbiose zwischen Republikanern und christlich Rechten
11	Organisationen der religiösen Rechten
13	Wahlkampfstrategie an der christlichen Basis
15	Permanente Wahlkampagne
16	<b>Themen und Netzwerke der religiösen Rechten</b>
16	Innenpolitik
18	Außenpolitik
18	<i>Irakkrieg</i>
19	<i>»Jüdisch-christliche Schicksalsgemeinschaft«</i>
21	<i>Internationale Aids-Hilfe</i>
21	<i>Abtreibung und Entwicklungshilfe</i>
23	<b>Wirkungen auf das transatlantische Verhältnis</b>
23	Ein religiös-moralisches Weltbild
24	Begrenzter Handlungsspielraum
25	Divergenzen in den transatlantischen Beziehungen
28	<b>Fazit</b>
29	<b>Anhang</b>
30	Tabellen
33	Abbildungen
34	Abkürzungen



### Die religiöse Rechte in den USA. Basis der Bush-Administration?

In den USA wirken sich religiöse Einstellungen der Bürger auf das politische Wahlverhalten aus wie in keiner anderen Demokratie des »Westens«. Religiös-moralische Orientierungen werden ein entscheidender Faktor bei den bevorstehenden Kongreß- und Präsidentschaftswahlen am 2. November sein. Welche Rolle spielen christlich rechte Interessengruppen bei der Beschaffung Republikanischer Mehrheiten im Kongreß und für das Weiße Haus? Gelingt es der religiösen Rechten, ihr politisches Gewicht bei den Wahlen in politische Repräsentation und praktische Politik umzusetzen? Hat dies Auswirkungen auf die außenpolitischen Positionen Washingtons und insbesondere das transatlantische Verhältnis? Wie soll deutsche und europäische Politik damit umgehen?

Die Analyse kommt zu folgenden Ergebnissen:

1. Das politische Erstarken konservativer evangelikaler und fundamentalistisch-religiöser Bewegungen seit Beginn der achtziger Jahre ist eine der bedeutsamsten kulturellen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten und bildet die Grundlage für neuartige (außen)politische Machtstrukturen. Dabei spielt die sogenannte Christliche Rechte eine zentrale Rolle als Wählerpotential und Wahlkampfhilfe der Republikaner im Kongreß und als Basis der Bush-Administration im Weißen Haus. Dies erklärt sich aus Veränderungen in der Gesellschaft und im politischen System (u.a. aus der Reform der Wahlkampffinanzierung).
2. Christlich rechte Wähler und ihre Interessenvertretungen (Political Action Committees, Basisorganisationen sowie Think-Tanks) nehmen nicht nur Einfluß auf Wahlen, sondern auch auf die politische Agenda der Vereinigten Staaten. Außenpolitisch beziehen »Rechtgläubige« (*true believers*) vor allem Stellung für ein militärisch starkes Amerika und den uneingeschränkten Schutz Israels.
3. Themen nationaler Sicherheit im Rahmen des Kampfes gegen den Terrorismus spielen auch deshalb eine zentrale Rolle, weil sie die Kohäsion einer heterogenen Wählerschaft fördern und die Grundlage dauerhafter Republikanischer Mehrheiten bilden können. Für die Strategen, die eine umfassende Republikanische Wählerkoalition zustande

bringen wollen, war und bleibt es eine besondere Herausforderung, die Christliche Rechte zu integrieren, ohne dabei andere Wähler zu verlieren.

4. Selbst für den Fall, daß Amtsinhaber Bush nicht wiedergewählt werden sollte, bliebe das über Jahrzehnte aufgebaute Organisationsgeflecht der Christlichen Rechten ebenso wirkmächtig wie deren Weltbild, insbesondere über ihre Netzwerke und Arbeitskreise gleichgesinnter Repräsentanten und Senatoren im Kongreß. Insofern sind christlich Rechte auf absehbare Zeit auch außenpolitisch relevante Akteure, mit denen amerikanische Präsidenten und die mit ihnen verhandelnden internationalen Partner rechnen müssen.
5. Das religiös-moralische Engagement christlich Rechter polarisiert die USA im Innern und führt zu Divergenzen in den transatlantischen Beziehungen: bei grundsätzlichen Abwägungen zwischen dem Einsatz militärischer Gewalt und jenem diplomatischer Mittel, aber auch bei konkreten Politikvorstellungen zur Regelung von Konflikten, vor allem im Mittleren und Nahen Osten.

Hieraus ergeben sich folgende Empfehlungen für deutsche und europäische Politik:

1. Auf europäischer Seite ist nachhaltiger als bisher zur Kenntnis zu nehmen, daß die religiöse Rechte in den Vereinigten Staaten erhebliches politisches Gewicht hat. Ihr Gewicht begrenzt unter anderem auch den Handlungsspielraum George W. Bushs in zentralen außenpolitischen Feldern, vor allem in der Nahostpolitik. Die von Europäern favorisierte Politik, mehr Druck auf Israel auszuüben, wird in Washington schon aus wahltaktischen, aber auch aus wahlstrategischen Überlegungen im Interesse an dauerhaften Mehrheiten nur rhetorisch unterstützt. Dies birgt auch eine Gefahr für gemeinsame Projekte wie die »Road Map«.
2. Angesichts dieser Konstellation amerikanischer Politik könnte der transatlantische Graben künftig noch weiter aufreißen, insbesondere in der Politik gegenüber Syrien und Iran – beides Länder, die in den Augen christlich Rechter die Sicherheit Israels und Amerikas unmittelbar bedrohen. Deutsche wie europäische Akteure sollten dieses Konfliktpotential in der Konsenssuche antizipieren und frühzeitig christlich rechte Interessenvertreter und Politiker in diplomatische Gespräche einbinden.
3. Europäische Politiker wie Nichtregierungsorganisationen sollten überdies generell das Gespräch mit Vertretern christlich rechter Organisationen in den

Vereinigten Staaten suchen – nicht zuletzt um deren Sicht der Realität zu verstehen, um künftige transatlantische Herausforderungen zu erkennen und Verständigungsmöglichkeiten auszuloten.

## Die politische religiöse Rechte in den USA

Die »Erfindung« der amerikanischen Nation<sup>1</sup> gründet wesentlich auf der Emanzipation vom Alten Kontinent mit seinen Staatskirchen und Herrschern von Gottes Gnaden. Gleichzeitig waren die Besiedler der Neuen Welt von Beginn an von dem Bewußtsein erfüllt, eine von Gott auserwählte Nation zu sein: »God's own country«. Diese Ambivalenz zwischen Abkehr vom Staatskirchentum und dem Bewußtsein des Auserwähltseins kommt auch im Ersten Verfassungszusatz zum Ausdruck: Die Etablierung einer staatstragenden Amtskirche wird untersagt *und* Religionsfreiheit gewährleistet. Diese verfassungsrechtlich gewährte Freiheit schafft Raum für Pluralismus und eröffnet ein ständiges Ringen um die legitime Position von Religion im Spannungsfeld zwischen privater und öffentlich-politischer Sphäre.

Das Verhältnis von Freiheit, Religion und Demokratie in Amerika ist insbesondere seit den Reiseberichten Tocquevilles »Über die Demokratie in Amerika« ein immer wieder von Wissenschaft wie Politik bearbeiteter Themenkomplex. Die empirischen Befunde zur Erklärung des politischen Wirkens der religiösen Rechten, die diese Debatte hervorgebracht haben, werden im folgenden dargestellt und hinterfragt.

Der Studie liegt die Beobachtung zugrunde, daß in den letzten drei Jahrzehnten das politische Engagement religiöser Amerikaner zugenommen hat. Sie verbünden sich zunehmend mit den Republikanern – nicht zuletzt im Zuge der politischen Basisarbeit christlich rechter Organisationen.

### Der religiöse Faktor in der amerikanischen Gesellschaft

Die religiöse Landschaft der USA ist durch Vielfalt geprägt, wobei die Anteile der verschiedenen Konfessionen an der Gesamtbevölkerung in den vergangenen Jahrzehnten relativ konstant geblieben sind (siehe Tabelle 1 im Anhang, S. 30). Insgesamt bezeichnen sich über 80% der Amerikaner als Christen. Die

Protestanten sind mit mehr als der Hälfte der Gesamtbevölkerung die größte Denomination, wobei die konservativeren (weißen) Evangelikalen mit 25,4% zur stärksten Gruppe angewachsen sind. Sie verweisen die liberaleren (sogenannten Mainline-) Protestanten mit 22,1% auf Platz zwei. Wie sie ist auch die Gruppe der schwarzen Protestanten seit den sechziger Jahren leicht geschrumpft – auf knapp 8% im Jahr 1996. Römisch-katholisch sind 21,8% der Amerikaner.

Der Anteil der säkular orientierten Bevölkerung hat sich seit Mitte der sechziger Jahre beinahe verdoppelt und beträgt heute 16,3%. Dieser Säkularisierungstrend gab überzeugten Glaubenshütern – vor allem evangelikalen Protestanten – Anlaß, der gesellschaftlichen »Dekadenz« und dem »Verfall moralischer Werte« entgegenzuwirken. Evangelikale Protestanten, vor allem die Traditionalisten unter ihnen, haben eine auf das Jenseits gerichtete individuelle Heilserwartung, lehnen sozial-reformerische Ideen ab und engagieren sich dafür, traditionelle Glaubenssätze und -praktiken zu bewahren und gegen die Moderne und den Liberalismus zu verteidigen. »Rechthgläubige« (*true believers*) beziehen politisch Stellung für »traditionelle amerikanische Werte« und gegen Säkularismus, Feminismus und Kulturrelativismus. Außenpolitisch setzen sich konservative Evangelikale für ein militärisch schlagkräftiges Amerika und den Schutz Israels ein.

Die Distanz zwischen Religion und Politik wurde in den letzten drei Jahrzehnten deutlich geringer:<sup>2</sup> Rechthgläubige Amerikaner sind politischer geworden. Evangelikale Protestanten machen mittlerweile knapp ein Viertel (2000: 24%) der als Wähler registrierten Amerikaner aus.<sup>3</sup> Sie sind ein wichtiger Bestandteil der Republikanischen Wählerschaft geworden: Innerhalb von drei Jahrzehnten (1964–2000; siehe Abbildung 1 im Anhang, S. 33) erhöhte sich der Prozentsatz der bekennenden Republikaner unter den Evangelikalen, und zwar sowohl bei den »engagierten« (von 42% auf 74%) als auch bei den »anderen« (von 30% auf 49%). Dieser Trend verstärkte sich insbesondere seit Mitte

<sup>2</sup> Siehe Andrew *Kohut et al.*, *The Diminishing Divide. Religion's Changing Role in American Politics*, Washington, DC: Brookings Institution Press, 2000.

<sup>3</sup> 1987 waren es noch 19%. Siehe *Kohut et al.*, *The Diminishing Divide* [wie Fn. 2], S. 4.

<sup>1</sup> Siehe Benedict *Anderson*, *Die Erfindung der Nation*. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a.M./New York: Campus, 1988.



der achtziger Jahre.<sup>4</sup> Zudem verdoppelte sich der Republikanische Stimmenanteil unter den Katholiken – sowohl bei den »engagierten« als auch bei den »anderen« (vgl. Abbildung 1 im Anhang, S. 33).

Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession ist oft ein Indiz für die politische Einstellung der Menschen, die ihr angehören. Die Tiefe der persönlichen Überzeugung und der Grad des Engagements sind weitere wichtige Indikatoren. »Engagierte« Vertreter unterscheiden sich von »anderen« durch Häufigkeit von Kirchenbesuch und Gebet, die herausragende Bedeutung, die sie dem Glauben für ihr eigenes Leben zumessen, und das Festhalten an traditionellen Glaubenssätzen wie zum Beispiel den Glauben an Himmel und Hölle.<sup>5</sup> Engagierte Gläubige tendieren zu konservativeren politischen Einstellungen und haben eine merklich höhere Affinität zu den Republikanern. Demgegenüber bevorzugen weniger Engagierte tendenziell die Demokratische Partei.

Diese Koppelung ist den Wahlkampfstrategen des Präsidenten nicht verborgen geblieben. Ihr Kopf Karl Rove genießt das Vertrauen des Präsidenten. »An erster Stelle«, so Rove, »existiert ein großer Unterschied [im politischen Verhalten] bei religiösen Menschen. [...] Man hat dies in den Umfragen der Wahlen 2000 gesehen, bei denen regelmäßige und häufige Kirchgänger mit überwältigender Mehrheit Bush wählten. Sie bilden einen wichtigen Teil der Republikanischen Wählerbasis.«<sup>6</sup>

Entsprechend ausgeprägt sind auch Selbstverständnis und Selbstbewußtsein politischer Strategen der sogenannten »Christlichen Rechten«,<sup>7</sup> wie sich an den

Aussagen des christlich rechten Wortführers und Präsidenten der Organisation American Values, Gary Bauer, ablesen läßt: »Für einige in den liberalen Medien ist die Bezeichnung Christliche Rechte beinahe ein Schimpfwort, aber das ist meiner Meinung nach eine treffende Beschreibung.« Tatsächlich handelt es sich laut Bauer »um Leute, die regelmäßig in die Kirche gehen und politisch konservativ sind. Und das ist ein ziemlich bedeutender Anteil in der amerikanischen Bevölkerung und die Mehrheit unter den Wählern der Republikaner. [...] Menschen, die mindestens einmal pro Woche in die Kirche gehen, stimmen mit überwältigender Mehrheit für die Republikaner, und Menschen, die selten oder gar nicht in die Kirche gehen, wählten 2000 mit überwältigender Mehrheit Al Gore. Das ist ein sehr wichtiges Trennkriterium amerikanischer Politik.«<sup>8</sup>

Empirische Regressionsanalysen – mit denen sich der Einfluß bestimmter Faktoren isoliert betrachten läßt – kommen zu dem Ergebnis, daß in den USA »der Einfluß religiöser Zugehörigkeit auf das Wahlverhalten beträchtlich ist und dem Einfluß demographischer Faktoren wie Einkommen und Bildungsniveau gleichkommt.«<sup>9</sup> Aus historischer Perspektive (siehe Abbildung 2 im Anhang, S. 33) wird deutlich, daß religiöse Faktoren seit den achtziger Jahren deutlich größeren Einfluß auf das Wahlverhalten gewonnen haben.

Laut einer nationalen Umfrage im Jahre 1994 gaben 38% der registrierten Wähler an, daß bei der Entscheidung für oder gegen einen Kandidaten deren religiöser Glaube ihr »Hauptkriterium« sei. Vor allem Republikaner (47%) und Wähler aus den Südstaaten (47%) bekundeten diese Motivation.<sup>10</sup>

nomischen, demographischen, innen- und außenpolitischen Veränderungen der sechziger und siebziger Jahre.« Beide Spielarten des »jüngeren Konservatismus« werden von vorwiegend ökonomischen Interessen verpflichteten »Altkonservativen« oder »älteren Konservativen« (früher auch als »Rockefeller-Republikaner« bezeichnet) unterschieden. Siehe Peter Lösche, Thesen zum amerikanischen Konservatismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (Dezember 1982) B49, S. 37–45. Michael Minkenberg untersuchte ebenfalls »Neuere konservative Gruppierungen und Strömungen im Kontext sozialen und kulturellen Wandels«: Michael Minkenberg, Neokonservatismus und Neue Rechte in den USA, Baden-Baden: Nomos, 1990.

<sup>8</sup> Interview J. B. mit Gary Bauer, President, American Values, 22.7.2003.

<sup>9</sup> Übersetzt aus Kohut et al., The Diminishing Divide [wie Fn. 2], S. 86–87.

<sup>10</sup> Siehe Tarrance Group and Mellman, Lazarus & Lake for U.S. News and World Report, Umfrage vom März 1994, übersetzt

<sup>4</sup> Vgl. Clyde Wilcox, God's Warriors. The Christian Right in Twentieth-Century America, Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press, 1992; Lyman Kellstedt et al., Grasping the Essentials. The Social Embodiment of Religion and Political Behavior, in: John Green et al. (Hg.), Religion and the Culture Wars: Dispatches from the Front, Lanham, MD: Rowman and Littlefield, 1996.

<sup>5</sup> Kohut et al. entwickelten diese Unterscheidung, indem sie die genannten Faktoren zu einem Gesamtindex addierten. Siehe Kohut et al., The Diminishing Divide [wie Fn. 2], S. 164.

<sup>6</sup> Übersetzt aus Nicholas Lemann, The Controller. Karl Rove Is Working to Get George Bush Reelected, But Has Bigger Plans, in: New Yorker, 12.5.2003, S. 81.

<sup>7</sup> In der wissenschaftlichen Fachliteratur wird der »jüngere Konservatismus in seinen beiden Spielarten« differenziert. Dabei interpretiert man den intellektuelleren »Neo-Konservatismus« à la Irving Kristol – ursprünglich Linke, die zum Konservatismus konvertierten – wie auch den Konservatismus der »Religiösen Rechten« (Religious Right), synonym auch als »Christliche Rechte« (Christian Right) bezeichnet, als »Reaktion auf die tiefgreifenden und rapiden sozialen, öko-

Sollten nicht massive wirtschaftliche Probleme und damit verbunden eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse eintreten, dürften religiös motivierte moralische Kriterien bei den Wahlen im November 2004 eine mitentscheidende Rolle spielen: Vor die Wahl gestellt, zwischen einem Kandidaten, dem sie zutrauen, die Wirtschaft anzukurbeln, aber dem sie in moralischen Fragen widersprechen, und einem Kandidaten, dem sie nicht zutrauen, die Wirtschaftslage zu verbessern, mit dem sie jedoch in moralischen Fragen übereinstimmen, würden sich 55% der Republikaner und nur 38% der Demokraten für den Kandidaten mit moralischer Kompetenz entscheiden.<sup>11</sup> In einer Umfrage vom November 2003 bekundeten etwa die Hälfte (48%) der Republikaner oder der ihnen Nahestehenden, daß Religion ein wichtiger Faktor bei ihrer Wahlentscheidung ist, bei den Demokraten waren es nur 28%.<sup>12</sup> Religion ist für zwei Drittel (64%) der wahlberechtigten Amerikaner – so eine weitere Gallup-Analyse im März 2004<sup>13</sup> – ein wahlentscheidendes Kriterium, vor allem für weiße evangelikale Christen: 70% erklärten sich als Republikaner bzw. ihnen nahestehend (23% als Demokraten und 6% als Unabhängige). 74% weiße Evangelikale beabsichtigen, im November 2004 Präsident Bush zu wählen und nur 23% seinen Herausforderer John Kerry.<sup>14</sup>

Einige konservative Beobachter sehen im anderen politischen Lager, auf der »unreligiösen Linken«, bereits eine »Partei der Ungläubigen«.<sup>15</sup> Bei den Demokraten ist umgekehrt ein Trend zur Säkularisierung erkennbar, der als Gegenreaktion auf das zunehmen-

de Gewicht evangelikalen Einflusses gedeutet werden kann.<sup>16</sup>

Insofern sind auf beiden Seiten des politischen Spektrums zentrifugale Kräfte am Werk, die beide Parteien ideologisch voneinander abrücken lassen und die amerikanische Gesellschaft polarisieren. E. J. Dionne jr., ein Kenner der religiösen und politischen Kräfteverhältnisse in den Vereinigten Staaten, resümiert: »Oben im Himmel muß wohl Abe Lincoln seinen Kopf mit Staunen schütteln. Das Land, das er einst zusammenzuhalten versuchte, treibt politisch auseinander – mehr oder weniger an denselben Trennlinien, die schon den Wahlerfolg [Lincolns] von 1860 markierten.«<sup>17</sup> Treibende Kraft der Polarisierung auf der rechten Seite des politischen Spektrums sind Organisationen der Christlichen Rechten, die vor allem die Kerngruppe der Evangelikalen zum politischen Engagement bewegt haben.

### Christliche Rechte als treibende Kraft der politischen Umstrukturierung

Noch bis weit in die sechziger Jahre hinein war politisches Engagement bei vielen Gläubigen verpönt, vielen Evangelikalen bleibt es bis heute suspekt. Doch mit der Entscheidung des Obersten Gerichts zur Abtreibung (*Roe versus Wade*, 1973) und im Zuge der Infragestellung der Steuerbegünstigung christlicher Schulen 1978 wurden die Gläubigen politisiert.<sup>18</sup> Zudem brachte in den siebziger und achtziger Jahren das politische Engagement der Feministinnen, der Schwulenbewegung, von Bürgerrechtlern und Umweltbewegungen all jene auf den Plan, die traditionelle Werte gefährdet sahen. Politisches Engagement wurde für evangelikale Protestanten statthaft.

Die politische Affinität der Christlichen Rechten zu den Republikanern ist aber erst im Laufe der Zeit entstanden.<sup>19</sup> Für die religiöse Rechte und die Republika-

aus Kohut et al., The Diminishing Divide [wie Fn. 2], S. 63.

<sup>11</sup> Umfrage vom 14. bis 16.11.2003 unter registrierten Wählern. Siehe David Moore, Poll Suggests Close Race in 2004, Gallup-Analyse, 25.11.2003.

<sup>12</sup> Siehe Albert Winseman, Bringing Faith into the Voting Booth: Part II, Gallup-Analyse, 16.12.2003.

<sup>13</sup> Siehe Linda Lyons, Political and Religious Convictions, Gallup-Analyse, 2.3.2004.

<sup>14</sup> Im nationalen Durchschnitt beziffert sich das Kräfteverhältnis Bush versus Kerry auf 46 zu 43; Umfrage vom 16.3. bis 4.4.2004. Siehe Anna Greenberg/Jennifer Berkold, Evangelicals in America, in: Religion and Ethics NewsWeekly, 5.4.2004, Questionnaire, S. 13.

<sup>15</sup> Siehe Louis Bolce/Gerald De Maio, Our Secularist Democratic Party, in: Public Interest, Herbst 2002. Siehe auch Geoffrey Layman, The Great Divide: Religious and Cultural Conflict in American Party Politics, New York: Columbia University Press, 2001.

<sup>16</sup> Vgl. Kohut et al., The Diminishing Divide [wie Fn. 2], S. 89–90.

<sup>17</sup> Übersetzt aus E. J. Dionne, jr., One Nation Deeply Divided, in: Washington Post, 7.11.2003, S. A31.

<sup>18</sup> Siehe Byron Shafer/William Claggett, The Two Majorities. The Issue Context of Modern American Politics. Baltimore et al.: Johns Hopkins University Press, 1995; Geoffrey Layman, Culture Wars in the American Party System. Religious and Cultural Change among Partisan Activists since 1972, in: American Politics Quarterly, (1999) 27, S. 89–121.

<sup>19</sup> Zum Beispiel konnte 1976 der Demokrat Jimmy Carter, ein Südstaaten-Evangelikaler, Sympathie und Stimmen der religiösen Rechten gegen den Republikanischen Kandidaten

ner bot der Kommunismus eine gute Projektionsfläche als gemeinsames Feindbild. Er galt als externe sicherheitspolitische Bedrohung und zugleich als säkular-ideologischer Gegenentwurf zum »American way of life«. Zudem erschienen die USA auch von einem inneren Feind bedroht: Liberalismus galt christlich Rechten als Ursache für die innere Dekadenz der hedonistischen amerikanischen Gesellschaft.

Eine der Hauptursachen für die Verluste der Demokratischen Partei seit den sechziger Jahren ist die Auflösung von Roosevelts »New-Deal«-Koalition,<sup>20</sup> dabei vor allem die Umorientierung evangelikal-protestantischer, teilweise auch katholischer Wähler von der Demokratischen zur Republikanischen Partei. Dieses »dealignment« war in den Südstaaten sehr ausgeprägt.

Die Umorientierung hatte mehrere Beweggründe:<sup>21</sup> Zum einen setzte nach dem Zweiten Weltkrieg eine Binnenmigration ein. Teile der schwarzen Landbevölkerung des Südens suchten Arbeit im Nordosten des Landes. Umgekehrt kamen viele Weiße im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung nach Süden. Aus Protest gegen den Civil Rights Act 1964 wechselten zahlreiche »Dixiecrats«, konservative Südstaaten-Demokraten, die sich für Rassentrennung stark machten, ins Lager der Republikaner.

Die Republikanische Partei konnte in den letzten Jahrzehnten starke Zugewinne im sogenannten »Bible Belt« im Süden verzeichnen – in der Region, in der auch die Evangelikalen am stärksten verbreitet sind. Die Hochburgen der Evangelikalen befinden sich heute in ländlichen Gegenden des Südens und teilweise des Mittleren Westens mit tendenziell älterer, weniger gebildeter Bevölkerung. Einkommen ist jedoch kein Merkmal, das Evangelikale vom Bevölke-

rungsdurchschnitt unterscheidet (siehe Tabelle 2 im Anhang, S. 31).

Eine Analyse von Fallstudien über Einzelstaaten, in denen die Christliche Rechte aktiv ist<sup>22</sup> – South Carolina, Virginia, Texas, Florida, Michigan, Iowa, Kansas, Minnesota, Colorado, California, Oregon, Washington, Maine –, kommt zu folgenden Ergebnissen:<sup>23</sup> Die Christliche Rechte ist am stärksten im Süden – in South Carolina, Virginia, Texas und Florida – und bildet mittlerweile einen festen Bestandteil der Republikanischen Parteiorganisationen dieser Bundesstaaten. Sie ist auch im Mittleren Westen stark vertreten und beeinflusst die Parteiorganisationen in Michigan, Iowa, Kansas und Minnesota.

Florida, Michigan, Iowa und Minnesota sind im aktuellen Wahlkampf von beiden Präsidentschaftskandidaten hart umkämpfte Bundesstaaten,<sup>24</sup> in denen jede Stimme zählt. Insofern kann dort auch die Organisationsstruktur der Christlichen Rechten (ausführlicher weiter unten, S. 11ff) bei der Mobilisierung des Wählerpotentials den Ausschlag für Sieg oder Niederlage geben.

## Pragmatische Machtsymbiose zwischen Republikanern und christlich Rechten

»Wenn die Republikanische Partei konservative religiöse Wähler benötigt, so gilt auch umgekehrt: Evangelikale, Sozial-/Moralkonservative und vor allem die Christliche Rechte benötigen die Republikaner. Religiöse Konservative sind am einflussreichsten, wenn sie Teil einer größeren konservativen Koalition sind, und die Republikanische Partei ist dafür die zugänglichste Institution.«<sup>25</sup> Dieses pragmatische Verständnis bildet

gewinnen, den amtierenden Präsidenten Gerald Ford. Doch wider Erwarten der Evangelikalen stärkte Carter die Rechte der Frauen, tolerierte »feministische Exzesse«, ließ es aus Sicht der Christian Right auch sonst an Engagement fehlen, »moralischer Dekadenz« und »gottlosem Kommunismus« entgegenzuwirken, und stand schließlich auch nicht fest genug an der Seite Israels. Man wollte ihn gar »aus dem Amt beten«.

<sup>20</sup> Die sogenannte »New Deal Coalition« hatte bis in die sechziger Jahre Bestand und umfaßte neben den Katholiken, Juden, schwarzen und Mainline-Protestanten auch die Evangelikalen. Siehe Lyman *Kellstedt*/Mark *Noll*, Religion, Voting for President, and Party Identification, 1948–1984, in: Mark *Noll* (Hg.), Religion and American Politics. From the Colonial Period to the 1980s, New York: Oxford University Press, 1990.

<sup>21</sup> Ausführlicher dazu siehe John *Micklethwait*/Adrian *Woolridge*, The Right Nation. Conservative Power in America, New York: Penguin Press, 2004.

<sup>22</sup> John *Green*/Mark *Rozell*/Clyde *Wilcox*, The Christian Right in American Politics. Marching to the Millennium, Washington, DC: Georgetown University Press, 2003.

<sup>23</sup> Siehe ebd., S. 3–7. Laut John *Persinos* bildet die Christliche Rechte in 18 bundesstaatlichen Parteiorganisationen der Republikaner eine dominante Fraktion und in 13 weiteren eine wesentliche. Vgl. John *Persinos*, Has the Christian Right Taken Over the Republican Party?, in: Campaigns & Elections, (September 1994), S. 23. Siehe auch Mark *Rozell*/Clyde *Wilcox* (Hg.), God at the Grass Roots. The Christian Right in the 1994 Elections, Lanham, MD: Rowman and Littlefield Publishers, 1995.

<sup>24</sup> Für eine ausführlichere Besprechung der sogenannten »battleground states« siehe Charlie *Cook*, The Cook Report – Great Lakes Will See Plenty of Bush, Kerry, in: National Journal, 14.2.2004.

<sup>25</sup> Siehe John *Green et al.*, Murphy Brown Revisited. The Social Issues in the 1992 Election, in: Michael *Cromartie* (Hg.), Disciples and Democracy. Religious Conservatives and the

die Grundlage für die Machtsymbiose zwischen der Republikanischen Partei und dem Organisationsgeflecht der Christlichen Rechten.

Die Christliche Rechte hat sich von ihrer gesellschaftlichen Randlage ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung um die Macht bewegt. Zwei Drittel (65%) der amerikanischen Bevölkerung sehen evangelikale Christen als Teil des Mainstream und 60% billigen ihnen auch Einfluß auf die amerikanische Gesellschaft zu.<sup>26</sup>

Ihrerseits glauben 72% der Evangelikalen, daß es ihnen gelungen ist, die Gesellschaft zu verändern. Sieben von zehn sind auch davon überzeugt, daß sie Einfluß auf die Politik der Bush-Administration haben. Diese Perzeption ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß sich christlich Rechte weiterhin politisch engagieren und mit den Republikanern arrangieren: Jene evangelikalen Christen, die glauben, daß sie »viel Einfluß« auf die Bush-Administration haben, können ebenso vermehrt dem Wählerpotential des amtierenden Präsidenten zugerechnet werden.<sup>27</sup>

Diese Entwicklung ist das Ergebnis eines langwierigen Lernprozesses sowohl der Republikanischen Parteistrategen als auch der Christlichen Rechten, der sie von den Anfängen fundamentalistischen Sektierertums in ein Stadium des politischen Pragmatismus führte. Persönlichkeiten, die religiöse Autorität sowie Hochachtung unter evangelikalen Christen genießen, wie Pat Robertson, Jerry Falwell, Franklin Graham, James Dobson, Paul Weyrich, Gary Bauer oder Ralph Reed – um einige der prominentesten zu nennen, die gleichwohl der allgemeinen Bevölkerung wenig bekannt sind<sup>28</sup> –, gaben der abstrakten Idee der »Christian Right« Gestalt und Kohäsion, indem sie ein Organisationsgeflecht an der politischen Basis schufen.

## Organisationen der religiösen Rechten

Schon in den siebziger Jahren bemühte sich der Katholik Paul Weyrich darum, Gläubige verschiedener Religionen zu einer politischen Ökumene zusammen-

zuführen. Bei einem Treffen, das der evangelikale Reverend Jerry Falwell 1979 in Lynchburg, Virginia, organisiert hatte, entwickelte Weyrich den Gedanken einer moralischen Mehrheit in Amerika, die es zu organisieren gelte. Die »Moral Majority« war aus der Taufe gehoben. Die religionsübergreifende Bewegung wollte sich im Sinne der gemeinsamen Werteorientierung – »pro-life, pro-family, pro-traditional moral, pro-America und pro-Israel« – politisch engagieren. Abtreibung zum Beispiel war nicht mehr nur ein Thema der Evangelikalen oder der Katholiken, vielmehr war es aus der Sicht dieser politischen Glaubensgemeinschaft ein moralisches, religionsübergreifendes Thema. In den Worten Jerry Falwells verstand sich die »Moralische Mehrheit« nicht nur als christliche Organisation, sie war auch willens, mit jedem zusammenzuarbeiten, »der unsere Ansichten zu Familie, Abtreibung, starker militärischer Verteidigung und Israel teilt.«<sup>29</sup> Damit besetzte die Christliche, nunmehr religiöse Rechte wichtiges politisches Terrain.

Nur etwas mehr als die Hälfte der Evangelikalen war damals in die Wählerlisten eingetragen (Bundesdurchschnitt: knapp über 70%). Um das enorme Potential von ca. 60–70 Millionen Wählern zu mobilisieren, beteiligten sich auch die Kirchen an Initiativen zur Wahlregistrierung. Mit Erfolg: Weiße Evangelikale sind heute politisch aktiver als die übrige Bevölkerung. Ein größerer Anteil (82% gegenüber 77%) ist als Wähler registriert und zählt zu den aktiven Wählergängen: 65% (gegenüber 61% des Bevölkerungsdurchschnitts).<sup>30</sup>

Selbst wenn die Organisation der »Moral Majority« als solche seit Mitte der achtziger Jahre nicht mehr existiert, wirkt die politische Idee, eine moralische Mehrheit im Lande zu organisieren, in Form verschiedener neuer und professionellerer Organisationsformen weiter.<sup>31</sup> (Vgl. Tabelle 3 im Anhang, S. 32.)

Die im folgenden vorgestellten Graswurzel-Organisationen, Political Action Committees (PACs), Think-Tanks und Interessengruppen der Christlichen Rech-

Future of American Politics, Washington, DC/Grand Rapids, MI: Ethics and Public Policy Center/Erdmans Publishing, 1994, S. 64.

<sup>26</sup> Siehe *Greenberg/Berkold*, *Evangelicals in America* [wie Fn. 14], S. 11.

<sup>27</sup> Siehe ebd., S. 13.

<sup>28</sup> »Evangelicals think very highly of their leaders« – so der Befund einer Umfrage (vom 16.3. bis 4.4.2004) unter evangelikalen Christen. Siehe ebd., S. 5.

<sup>29</sup> Zitiert aus Melani *McAlister*, *Epic Encounters. Culture, Media, and U.S. Interests in the Middle East, 1945–2000*, Berkeley/Los Angeles, CA: University of California Press, 2001, S. 193.

<sup>30</sup> Siehe *Greenberg/Berkold*, *Evangelicals in America* [wie Fn. 14], S. 14.

<sup>31</sup> Für eine Übersicht des christlich rechten Netzwerkes und seiner führenden Netzwerker in den achtziger und neunziger Jahren siehe Michael *Minkenberg*, *Die Christliche Rechte und die amerikanische Politik von der ersten bis zur zweiten Bush-Administration*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (2003) B 46, S. 24–26.

ten sind bei Wahlkämpfen und nicht zuletzt auch im Gesetzgebungsprozeß aktiv. Sie finden im Büro Tom DeLays, des mächtigen Republikanischen Mehrheitsführers im Abgeordnetenhaus, große Aufmerksamkeit.<sup>32</sup>

Die **Christian Coalition** repräsentiert nach eigenen Angaben über zwei Millionen Gläubige, die in allen 50 Bundesstaaten in über 1500 Filialen organisiert sind. Unter der Ägide von Ralph Reed entwickelte sich die Christian Coalition zu einer der mächtigsten Organisationen der Christlichen Rechten. Neben den üblichen innenpolitischen Reizthemen christlich rechter Gruppen wie Abtreibung oder Pornographie widmet sich die Christian Coalition zunehmend außenpolitischen Themen. Sie kämpft dabei vor allem weltweit für das Recht auf freie Religionsausübung (*religious freedom*) und legt großes Engagement für Israel an den Tag. (Der hohe politische Stellenwert Israels für die religiöse Rechte wird unten, S. 19ff, eingehender dargestellt.)

Auch Gary Bauers<sup>33</sup> Organisation **American Values** liegt Israel sehr am Herzen: »Unsere Israel-Politik ist ein Eckpfeiler amerikanischer Außenpolitik.«<sup>34</sup> In den neunziger Jahren dominierte im Weltbild Gary Bauers die Volksrepublik China »als die weltweit größte Bedrohung für die Werte und die nationale Sicherheit Amerikas.«<sup>35</sup> Die China-Politik der Clinton-Administration war nach seiner Einschätzung einer der größten Irrwege amerikanischer Außenpolitik im vergangenen Jahrhundert. Um diesen existenzbedrohenden Fehler zu korrigieren, fordert Bauer, daß die besonderen bilateralen Handelsbeziehungen (Most Favored Nation, MFN-Status) abgebrochen werden und China die WTO-Mitgliedschaft verweigert wird.

1996 schuf Bauer das zweitgrößte amerikanische Political Action Committee (PAC), das **Campaign for Working Families PAC**. Bauer konnte nach eigenen Angaben bereits in den ersten beiden Jahren sieben Millionen US-Dollar von über 90 000 Einzelspendern einwerben. Diese Mittel wurden zur Wahlkampfhilfe für gleichgesinnte konservative Kandidaten eingesetzt. Bei den Präsidentschaftswahlen im November 2004

will man die Ressourcen gezielt in den hart umkämpften Bundesstaaten des Mittleren Westens einsetzen.

1983 rief James Dobson den **Family Research Council (FRC)** ins Leben. Gary Bauer, der von Anfang an dabei war, machte aus dem Drei-Mann-Betrieb mit einem jährlichen Etat von einer Million US-Dollar einen der größten Think-Tanks in Washington, DC. Heute zählt die Belegschaft 120 Mitarbeiter, das jährliche Budget beträgt 14 Millionen US-Dollar. Kristin Hansen, Media Director des FRC, beschreibt ihre Organisation als »Lobby-Sprachrohr der Familien und auch als Forschungsinstrument für Kongreßabgeordnete und andere Gruppen, die Familienwerte verteidigen und nach Forschungsergebnissen Ausschau halten, die ihre Überzeugungen unterfüttern.«<sup>36</sup> Mit dem »American Renewal« wurde der sogenannte »legislative action arm« des FRC gegründet, damit die Politikempfehlungen seines Think-Tank auch effektiv umgesetzt werden können bzw. steuerrechtlich dürfen. Hansen betont, daß der FRC in Präsident Bushs 15-Mrd.-Dollar-Paket zur Aids-Bekämpfung in Afrika involviert war: »Wir haben als Organisation einen wesentlichen Beitrag geleistet. Wir waren sozusagen ein Bremsklotz, als es darum ging, das Gesetz so schnell wie möglich zu verabschieden, weil wir sicherstellen wollten, daß ein bestimmter Anteil dieses Geldes für Abstinenzprogramme verwendet wird.«<sup>37</sup> Und seitdem unter Abtreibungsgegnern die Meinung vorherrscht, der Weltbevölkerungsfonds hätte mit seinen Mitteln Zwangsabtreibungen und Sterilisationen in China unterstützt, geriet auch der UN Population Fund (UNFPA) in die Kritik des Family Research Council (siehe weiter unten, S. 21f).

**Focus on the Family**, eine andere Organisation von James Dobson, ist mit einem jährlichen Budget von ca. 130 Millionen US-Dollar (2000) die finanzstärkste Organisation der Christlichen Rechten. Neben einem Ausbildungszentrum unterhält Dobson ein Medienimperium mit Fernseh-Kirchen und Radio-Shows. In Colorado Springs sorgen täglich etwa 1300 Mitarbeiter dafür, daß weltweit rund 100 Fernsehstationen und 3000 Radioanstalten in neun Sprachen das »Evangelium« Doctor Dobsons sehen und hören können. Amerikanischen Bürgern wird nahegelegt, sich bei den Vorwahlen und Wahlen für »pro-family«-Kandidaten einzusetzen, der außenpolitische Fokus

32 Interview J. B. mit Deana **Funderburk**, Policy Analyst, Majority Leader Tom DeLay (R-TX), 16.7.2003.

33 Gary Bauer war bereits in der Reagan-Administration Kopf des Office of Policy Development und Reagans Berater für innenpolitische Angelegenheiten.

34 Übersetzt von der Website von American Values, <[http://www.ouramericanvalues.org/issues\\_foreign.htm](http://www.ouramericanvalues.org/issues_foreign.htm)> [Zugriff am 4.11.2003].

35 Ebd.

36 Interview J. B. mit Kristin **Hansen**, Media Director, Family Research Council (FRC), 11.7.2003.

37 Ebd.

ist auf die »chinesische Gefahr« und den Schutz religiös Verfolgter gerichtet.

Als Reaktion auf die Entscheidung des Obersten Gerichts im Falle *Roe versus Wade* entstand 1973 das **National Right to Life Committee (NRLC)**. Mit über 3000 Ortsvereinigungen in allen 50 Bundesstaaten ist das NRLC die größte »Lobby für das ungeborene Leben«. Die politische Arbeit verrichtet das **NRL Political Action Committee** mit dem Ziel, die Wahl von »pro-life«-Kandidaten zu fördern. Als »single-issue«-Organisation beschränkt sich das NRLC innen- wie außenpolitisch auf das Thema Abtreibung und äußert sich nicht zu anderen Fragen der Sexualmoral.<sup>38</sup>

Die Organisation **Concerned Women for America (CWA)** empfiehlt sich als Amerikas »größte frauenpolitische Organisation mit 25jähriger Geschichte und Erfahrung«. Es will mit »Gebet und Aktivismus« seinen etwa 500 000 weiblichen und gleichgesinnten männlichen Mitgliedern »helfen, biblische Prinzipien in alle Ebenen der Politik einzubringen«.<sup>39</sup> Die CWA unterhalten ein landesweites Netzwerk von Experten und Aktivisten in kleineren und größeren Städten Amerikas, das in 500 regionalen Gruppen organisiert ist. Die tägliche Radiosendung »Concerned Women Today« wird landesweit von 75 Stationen ausgestrahlt. Sie erreicht jede Woche eine Zuhörerschaft von schätzungsweise über einer Million Menschen. Vor Wahlen dienen »nonpartisan voter guides« der Orientierung. Außenpolitische Themen der Concerned Women for America sind »Zwangssterilisationen oder -abtreibungen« in China, das Recht der freien Religionsausübung »nicht nur in den USA, sondern weltweit« und die Souveränität Amerikas, die man durch die Vereinten Nationen bedroht sieht.<sup>40</sup>

Das **Eagle Forum** ist eine kleine, gleichwohl in konservativen Kreisen wegen ihrer Pionierstellung im »Kampf gegen feministische Exzesse« hoch angesehene Grass-Roots-Organisation, die nach eigenen Angaben 80 000 Mitglieder in 45 Niederlassungen hat. Das **Eagle Forum Political Action Committee** setzt sich ein für »traditionelle Familienwerte« und nationale Souveränität: »Wir lehnen jegliche Schmälerung der nationalen Souveränität Amerikas durch Verträge (wie den Internationalen Strafgerichtshof) und

UN-Konferenzen ab.«<sup>41</sup> Die Organisation aktivierte ihre Basis auch gegen Gesetzesvorlagen, die darauf abzielten, die bilateralen Handelsbeziehungen zu China zu normalisieren (MFN-Status). Abstimmungen im Kongreß werden auf dem »scoreboard« publik gemacht: »Wir registrieren Abstimmungen, damit unsere Abgeordneten und Senatoren wissen, daß ihre Bevölkerung im Wahlkreis genau erfahren wird, wie sie abgestimmt haben.«<sup>42</sup> Und dieses individuelle Abstimmungsverhalten einzelner Senatoren und Abgeordneter ist nicht zuletzt im Wahlkampf entscheidend.

## Wahlkampfstrategie an der christlichen Basis

Am 27. März 2002 unterzeichnete Präsident Bush das Gesetz zur Reform der Wahlkampffinanzierung, die grundlegendste Neuordnung der politischen Spielregeln in den USA seit den siebziger Jahren. Mit der Reform erhalten auch religiös motivierte Partikularinteressen erhebliches Gewicht im Wahlkampf und damit in der politischen Meinungsbildung, vor allem Organisationen mit hohen Mitgliederzahlen und ideologisch-religiöser Motivation.<sup>43</sup> Prämiert werden Individuen, die bereit sind, für ihre Überzeugungen auch Geld zu geben, und gefragt sind Organisationen, die dieses Geld bündeln, zum Beispiel das Organisationsnetzwerk der Christlichen Rechten.

Bei den letzten Kongreßwahlen 2001/2002 konnten die Parteien knapp eine halbe Milliarde US-Dollar an sogenanntem »weichem Geld« (*soft money*) einwerben, das heißt Großspenden von vermögenden Privatleuten, Unternehmen, Gewerkschaften und anderen Interessengruppen. Das novellierte Gesetz untersagt es den Parteien auf nationaler Ebene, solche Mittel zu akquirieren oder auszugeben. Mit der massiven Einschränkung des bis dato unbegrenzten, oftmals in Millionenhöhe reichenden »weichen Geldes« als wichtiger Einnahmequelle wird das Machtpotential der nationalen Parteiapparate – die im amerikanischen System der »checks and balances« ohnehin schwach sind – noch weiter beschnitten. Die Parteien

38 Siehe Mission Statement von NRLC, <<http://www.nrlc.org/Missionstatement.htm>> [abgerufen am 13.11.2003].

39 Siehe Website: <<http://www.cwfa.org/about.asp>> [abgerufen am 6.11.2003].

40 Ebd.

41 Siehe Website: <<http://www.eagleforum.org/misc/descript.html>> [abgerufen am 5.11.2003].

42 Interview J. B. mit Lori *Waters*, Executive Director, Eagle Forum, 14.7.2003.

43 Für ausführlichere Informationen siehe Josef *Braml*, From Softball to Hardball? Die Reform der Wahlkampffinanzierung in den USA, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2002 (SWP-Aktuell 14/02).

müssen nunmehr Organisationsstrukturen schaffen, die geeignet sind, viele kleinere Einzelspenden, sogenanntes »hartes Geld«, aus den Grass-Roots zu ziehen: Einzelpersonen können bei jeder Wahl bis zu 2.000 Dollar direkt einem Kandidaten oder maximal 25.000 Dollar einer Partei zuwenden. Damit wurden auch die Möglichkeiten von Organisationen christlich Rechte verbessert, ihren »family values« politisches Gehör zu verschaffen.

Unter den neuen Rahmenbedingungen gewinnen externe Organisationen – auch die der Christlichen Rechten –, die sich auf das Bündeln von Einzelspenden verstehen, größeren Einfluß auf die Parteiapparate. Allen voran die Political Action Committees, kurz PACs genannt. Die Organisationen der Christlichen Rechten sind gewappnet: Lori Waters, Executive Director des Eagle Forum, auch federführend für die Aktivitäten des Eagle Forum PAC, ist davon überzeugt, »daß das Wahlkampffinanzierungsgesetz den PACs wieder zu einer größeren Rolle im politischen Spiel um die Macht verhilft.«<sup>44</sup> Gary Bauers Campaign for Working Families oder das National Right to Life Committee operieren ebenfalls mit ihrer PAC-Power, und auch die Christian Coalition schickt sich an, ein Political Action Committee zu etablieren.

Die Reform der Wahlkampffinanzierung 2002 verstärkte einen Trend, der schon drei Jahrzehnte zuvor initiiert wurde: Die Neuregelung der Wahlkampffinanzierung im Gefolge des Watergate-Skandals verschaffte den Christlichen Rechten in erheblichem Maße politische Organisationsmöglichkeiten.<sup>45</sup> Seit den siebziger Jahren stiegen sowohl Zahl als auch finanzielle Zuwendungen von PACs rapide an – auch die PACs der Neuen Rechten konnten von diesem Boom profitieren: an der Spitze das National Conservative Political Action Committee, der National Congressional Club und das Committee for the Survival of a Free Congress – später in Free Congress PAC umbenannt.<sup>46</sup>

Bereits in den siebziger Jahren kommunizierten die Pioniere der Christlichen Rechten mit Gleichgesinnten unmittelbar über sogenannte »direct mail«-Kanäle. Bei der jüngsten Reform der Wahlkampffinanzierung wurde die massenmediale Wahlkampfwerbung über Radio und TV eingeschränkt – ein weiterer Grund,

warum die »individuelle Massenkommunikation« ins Zentrum der Aufmerksamkeit etablierter Parteistrategen geriet.

Zielgruppenspezifische Kommunikationsformen mit geringen Streuverlusten wie direkte Briefappelle oder E-Mail-Kommunikation sind besonders gut geeignet, kostengünstig den harten Kern der Stammwähler zu mobilisieren und Wahlkampfgeld zu akquirieren.

Experten wie Anthony Corrado begrüßen diese Entwicklung als Demokratisierung der Wahlkampffinanzierung: Die Macht der Kleinspender habe damit zugenommen.<sup>47</sup> So nutzten eine Vielzahl der Anhänger der Demokratischen Partei das Internet, um ihren Unmut über die Politik George W. Bushs auch mit finanziellen Mitteln Luft zu machen. Durch den Einsatz moderner Kommunikationsmittel gelang es dem Herausforderer John Kerry im Präsidentschaftswahlkampf, den traditionellen Vorsprung der Republikaner beim Eintreiben von Wahlkampfspenden wettzumachen. Dabei waren Einzelspenden über das Internet Kerrys üppigste Finanzierungsquelle.<sup>48</sup>

Ihrerseits versuchen die Republikaner ihre (vor allem auch religiös rechte) Basis an Kleinspendern zu erweitern und mit Hilfe des Internet zu mobilisieren. Ein zusätzlicher großer Vorteil der neuen Kommunikationsmedien besteht darin, daß bei der exklusiven persönlichen Ansprache der religiösen Kernklientel moderate Wähler nicht verprellt oder nicht noch zusätzlich politische Gegner aktiviert werden können – wie es früher bei diffus gestreuten Fernseh-Kampagnen der Fall war.

Inzwischen zeigt die Christliche Rechte mit Ralph Reed ein jugendliches, moderates Gesicht. Reed, führender pragmatischer Kopf der Christian Right, Parteichef der Republikaner im Südstaat Georgia und Bushs Wahlkampfberater, erklärt die neue Strategie: »Das ist meines Wissens das erste Mal, daß ein amtierender Präsident derartige Anstrengungen unternimmt, eine regelrechte »Grass-Roots«-Kampagne zu organisieren, die sich auf Wahlbezirke und Wohngebieten konzentriert, anstelle bisheriger Strategien,

<sup>44</sup> Interview J. B. mit Lori *Waters*, Executive Director, Eagle Forum, 14.7.2003.

<sup>45</sup> Vgl. *Minkenberg*, Neokonservatismus und Neue Rechte in den USA [wie Fn. 7], S. 112–113.

<sup>46</sup> Vgl. Larry *Sabato*, PAC Power. Inside the World of Political Action Committees, New York/London: Norton, 1985.

<sup>47</sup> Zitiert in: Linda *Feldmann*, In Politics, the Rise of Small Donors, in: Christian Science Monitor, 28.6.2004.

<sup>48</sup> Vgl. Thomas *Edsall*, Kerry Breaks Bush Record For Pace of Fundraising, in: Washington Post, 17.6.2004, S. A1; Jim *VandeHei*/Thomas *Edsall*, Democrats Outraising the GOP This Year. But Republicans Still Have Financial Lead, in: Washington Post, 21.7.2004, S. A1.

die ausschließlich auf Fernsehbilder und die Medien setzten.«<sup>49</sup>

Das Organisationsgeflecht der Christlichen Rechten auf der Graswurzelebene ist also in mehrfacher Hinsicht nützlich: zum einen bei der Wahlkampffinanzierung und zum anderen bei der direkten permanenten Wählermobilisierung.

## Permanente Wahlkampagne

In den USA ist die Schwäche der Parteien institutionell angelegt. Im Wahlkampf wird ein Abgeordneter oder Senator in seinem Wahlkreis bzw. Einzelstaat nicht primär als Parteivertreter, sondern als politischer Einzelunternehmer wahrgenommen, der nicht zuletzt auch von Interessengruppen auf der Grundlage seines persönlichen Abstimmungsverhaltens finanziert und definiert wird. Mitgliederstarke, gut organisierte Einrichtungen und Interessengruppen haben deshalb durch ihre Wählermobilisierung und ihr effektives Bündeln von Wahlkampfuwendungen ein starke Stimme in der politischen Debatte und in der Gesetzgebung.

Sogenannte Themenanzeigenkampagnen, die auch von religiös motivierten Political Action Committees und anderen Organisationen der Christlichen Rechten geschaltet werden, sind ein wichtiges politisches Sprachrohr. Ein wirksames Mittel, um Einfluß auf den Gesetzgebungsprozeß und die Wiederwahl zu nehmen, sind sogenannte »Wählerprüfsteine« (*scorecards*) und »Orientierungshilfen für Wähler« (*voter guides*). Die Christian Coalition, die prominenteste Organisation der Christlichen Rechten, ist wie viele andere Interessengruppen darum bemüht, ihre Anhängerschaft auf das Abstimmungsverhalten einzelner Abgeordneter aufmerksam zu machen. Bei den letzten Wahlen im Herbst 2002 war in der Gebrauchsanweisung »How to Use This Scorecard« zu lesen: »Die Christian Coalition verteilt Millionen dieser *scorecards* im ganzen Lande, damit »pro-family«-Amerikaner wissen, wie ihre Abgeordneten bei wichtigen

Gesetzesvorlagen abstimmten. [...] Die Zukunft unserer Familien hängt davon ab, daß besorgte Bürger wie Sie sich engagieren! Denken Sie daran, am 5. November zur Wahl zu gehen!«<sup>50</sup> Der *scorecard*-informierte Wähler kann sich anhand der angegebenen Indizes (von 0 bis 100%) selbst ein Urteil darüber bilden, wer ein 100%iger Wegbegleiter oder Wegbereiter der guten Sache gewesen ist.

Dieser externe Einfluß ist als erheblich einzuschätzen, vor allem auch bei den Kongreßwahlen. Da US-Abgeordnete und Senatoren keiner Parteidisziplin unterworfen sind, können sie sich auch nicht hinter ihr verstecken. Einzelne Politiker laufen ständig Gefahr, im Rahmen einflußreicher Kampagnen an den Pranger gestellt und gegebenenfalls bei der Kandidatur um eine Wiederwahl persönlich zur Rechenschaft gezogen zu werden. Sie wägen deshalb bei jeder einzelnen Abstimmung gründlich ab, wie sie sich bei den nächsten Wahlen für sie persönlich auswirken könnte. Bei der UNFPA-Abstimmung (über die Finanzen des Weltbevölkerungsfonds, siehe weiter unten, S. 21f) zum Beispiel stellte neben anderen Grass-Roots-Organisationen der Christlichen Rechten auch das Eagle Forum Kongreßabgeordnete vor eine solche Gewissensentscheidung: »Die UNFPA-Abstimmung wird morgen stattfinden«, erklärte die Geschäftsführerin des Eagle Forums Lori Waters. »Deshalb haben wir mit einem E-Mail-Alarm unsere gesamte Mitgliederbasis informiert: »Die Abstimmung wird extrem knapp ausfallen, fordert deshalb Euren Abgeordneten auf, für diese Gesetzesänderung zu stimmen.« Das Eagle Forum werde die Abstimmung auch auf seinem »scoreboard« bekanntgeben, so Lori Waters weiter: »Wenn ein Kongreßabgeordneter sieht, daß er auf einer Liste steht, dann ist er wirklich hellwach und merkt, daß er Farbe bekennen muß.«<sup>51</sup>

Diese themenspezifischen Kampagnen, an denen sich oft eine Vielzahl christlich rechter Interessengruppen, Graswurzel-Organisationen und interessengebundener Think-Tanks beteiligen, werden über Netzwerke koordiniert: um den unmittelbaren Einfluß bei der legislativen Willensbildung zu erhöhen und mögliche kontraproduktive Wirkungen abzuschwächen, die den langfristigen Zusammenhalt der Republikanischen Wählerkoalition gefährden könnten.

<sup>49</sup> Übersetzt aus Richard *Stevenson*/Adam *Nagourney*, Bush '04 Ready for One Democrat, Not 10, in: New York Times, 29.9.2003. Für ausführlichere Informationen zur Bedeutung des sogenannten »Bodenkrieges« im Wahlkampf siehe *Quin Monson*, Get On TeleVision vs. Get On the Van: GOTV and the Ground War in 2002, in: David *Magleby*/J. *Quin Monson* (Hg.), The Last Hurrah? Soft Money and Issue Advocacy in the 2002 Congressional Elections, Washington, DC: Brookings Institution Press, 2004, S. 90–116.

<sup>50</sup> Übersetzung J. B.

<sup>51</sup> Interview J. B. mit Lori *Waters*, Executive Director, Eagle Forum, 14.7.2003.



## Themen und Netzwerke der religiösen Rechten

Was sind die wesentlichen politischen Voraussetzungen für den Machterhalt der Republikaner und der christlichen Rechten? Für die Strategen einer umfassenden Republikanischen Wählerkoalition war und bleibt es eine besondere Herausforderung, die Christlichen Rechte zu integrieren, ohne dabei andere Wähler zu verlieren. Denn es gilt, ein breites Spektrum von Republikanern – vom wirtschafts- und wertelibertären bis hin zum wertkonservativen, christlich rechten Pol – unter einem Dach zu halten. Strategen der christlichen Rechten und der Republikanischen Partei konzentrieren sich deshalb auf einigende wirtschafts- und außen-, vor allem sicherheitspolitische Themen im Kampf gegen den Terrorismus. Innenpolitische Auseinandersetzungen um heikle Themen wie Abtreibung werden abgeschwächt und in die Außenpolitik verlagert, zumal außenpolitische Auseinandersetzungen und Erfolge vielversprechender und weniger riskant für den Zusammenhalt des eigenen Lagers sind. Die verschiedenen und divergierende Positionen werden in Netzwerken aufeinander abgestimmt.

### Innenpolitik

Bei Themen der Sexualmoral wie Abtreibung oder Homosexualität ist es schwierig, einen tragfähigen gemeinsamen Nenner für die verschiedenen politischen Vorstellungen zu finden. Bewegt sich die Wahlkampfplattform zum Beispiel zu sehr in Richtung absoluter Abtreibungsgegner, könnten weniger strikte Abtreibungsgegner und -befürworter verprellt werden. Beim Thema gleichgeschlechtliche Ehe bzw. staatlich geförderte Lebensgemeinschaften machen sich vor allem Homosexuelle im eigenen Lager für eine Liberalisierung stark. Der Kampf der »Rechtgläubigen« (*true believers*) gegen »Modernität« und für »wahre Werte« hält wiederum wirtschaftsliberal denkende Republikaner auf Distanz.<sup>52</sup> So wurden die Hoffnungen derjenigen enttäuscht, die erwartet hatten, daß die sexuellen Eskapaden Clintons den

Einfluß der Evangelikalen erheblich steigern und einen erdrutschartigen Stimmenzuwachs zugunsten der Republikaner bewirken würden. Die moralische Hexenjagd schreckte im Gegenteil viele gemäßigte Republikaner ab und half, die Linke zu aktivieren. Paul Weyrich, ein führender strategischer Kopf der Christlichen Rechten, erklärte nach dieser Enttäuschung gar den »Kulturkrieg« für verloren und sah einen Erfolg der »moralischen Mehrheit« in unerreichbare Ferne gerückt.<sup>53</sup>

Nach diesen Erfahrungen gehen Republikanische und christlich rechte Wortführer auch in der Gesetzgebung pragmatischer vor. Zum Beispiel bremste Bush, nachdem es ihm gelungen war, die sogenannte »partial birth abortion« unter Strafe zu stellen,<sup>54</sup> weitergehende Erwartungen, indem er darauf hinwies, daß Amerikaner noch nicht bereit seien für ein generelles Verbot von Abtreibungen. Der legislative Zwischenerfolg ist für den Präsidenten politisch weniger problematisch, als es die Einschränkung anderer Abtreibungspraktiken wäre. Denn es handelt sich hierbei um eine Abtreibungsform, die auch in der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt wird. Mit den Worten eines Republikanischen Mitarbeiters im Kongreß: »Das war vielleicht das erfolgreichste ›pro-life‹ Thema innerhalb der letzten Dekade, was die PR und die Mobilisierung unserer politischen Basis angeht. [...] Das ist eines der Themen, das die [rechte] Basis mobilisiert, aber das Zentrum nicht abschreckt.«<sup>55</sup> Ein zu harter politischer Kurs in der Abtreibungsfrage wäre mit dem Risiko des Verlusts von Wählern in der politischen Mitte verbunden und würde den Zusammenhalt der eigenen Koalition gefährden.

53 Siehe Paul **Weyrich**, *Separate and Free*, in: *Washington Post*, 7.3.1999, S. B7.

54 Der sogenannte Partial-Birth Abortion Ban stellt ein Verfahren zum Schwangerschaftsabbruch unter Strafe, bei dem der Fötus getötet wird, wenn sich der obere Teil des Körpers bereits außerhalb des Mutterleibes befindet. Das Gesetz, der Partial-Birth Abortion Ban Act of 2003, wurde von Präsident Bush am 5. November 2003 unterzeichnet (P.L. 108–105, 117 Stat. 1201).

55 Übersetzt aus Linda **Feldmann**, *The Impact, and Limits, of Abortion Bill. Passed by the Senate, a ›Partial-Birth‹ Ban May Satisfy Conservatives – Yet Still Be Struck Down*, in: *Christian Science Monitor*, 23.10.2003.

52 Duane Murray **Oldfield**, *The Right and the Righteous. The Christian Right Confronts the Republican Party*, Lanham, MD: Rowman and Littlefield Publishers, 1996.

Republikaner sind sich einig in der Zielsetzung, den Einfluß des Staates auf die Wirtschaft zu reduzieren. »Defunding the government« ist der gemeinsame Nenner: Wirtschaftslibertär überzeugte Republikaner glauben an die unsichtbare Hand des Marktes. Für viele Born-Again-Christians und überzeugte Evangelikale sind persönliche Verfehlungen und unmoralisches Handeln die Ursache für wirtschaftliches Versagen. Die Idee staatlicher Sozialleistung und Wohlfahrt hat in diesem Denken keinen Platz.

Das moralische Netzwerk der christlichen Rechten wird mit dem wirtschaftspolitischen verknüpft. Grover Norquist, Präsident der Americans for Tax Reform (ATR) und Vertrauter Karl Roves, organisiert in seinem zentral gelegenen Büro in Washington ein wöchentliches »Wednesday Meeting« mit mittlerweile 100 bis 150 Amtsträgern der Legislative und Exekutive sowie Vertretern von Interessengruppen und Basis-Organisationen, bei dem vorwiegend über fiskal- und außenpolitische Themen diskutiert wird. Das »Lunch Meeting« von Paul Weyrich, Chairman und CEO der Free Congress Foundation, an dem regelmäßig ca. 70 Personen teilnehmen, findet ebenfalls mittwochs in der Nähe des Parlamentsgebäudes auf dem sogenannten Capitol Hill statt; hier geht es um moralische Fragen der Sozialpolitik, nationale Sicherheit und andere außenpolitische Themen. Bei beiden Treffen sind unter anderen auch die oben vorgestellten Organisationen der Christlichen Rechten vertreten. Die Treffen sind zeitlich so aufeinander abgestimmt, daß Teilnehmer des einen auch das andere besuchen können. Norquists und Weyrichs Netzwerke koordinieren ihre Aktivitäten am politischen Spielfeldrand, greifen aber auch direkt in die Auseinandersetzung im zentralen Entscheidungssystem ein. Umgekehrt nehmen die führenden Köpfe der Legislative und Exekutive an den Mittwochs-Runden teil, um das taktische Vorgehen bei geplanten Gesetzesinitiativen oder die Aufstellung des Teams für künftige Wahlkämpfe zu besprechen und politischen Nachwuchs aus den eigenen Reihen ins Spiel zu bringen.

Auch im Parlament wird Politik über Netzwerke Gleichgesinnter oder Gleich-Interessierter gesteuert. Aufgrund der schwachen Rolle amerikanischer Parteien im Gesetzgebungsprozeß haben im Kongreß informelle Gruppen, sogenannte »caucuses« oder »congressional member organizations«, zentrale Bedeutung.<sup>56</sup> Caucuses können parteiübergreifend

wirken, sie können aber auch parteiintern bestimmte Gruppierungen bündeln. Die Zugehörigkeit von Abgeordneten zu solchen Arbeitsgruppen ist ein für Wähler und Interessengruppen wichtiges Orientierungsmerkmal: »Wenn wir im Gesetzgebungsverfahren die nötigen Abstimmungen brauchen«, erklärt der Lobbyist Jeffrey DeBoer, »müssen wir nicht jedes Mal von vorn anfangen. Wir haben eine Basis von Unterstützern, auf die wir zählen können.« Oder: »one-stop shopping«, wie es der Wirtschaftspraktiker gern nennt.<sup>57</sup> Auch aus Sicht der Parteiführung sind diese Gruppen berechenbar, besonders wenn es darum geht, bei bestimmten Abstimmungen Mehrheiten einzuschätzen und zu schmieden.

Abgeordnete und Senatoren mit moralisch konservativer, christlich rechter Gesinnung sind im Kongreß gut organisiert: Eine der einflußreichsten Gruppen ist das 85 Mitglieder starke »Republican Study Committee« (RSC) im Abgeordnetenhaus. Bis Mitte der neunziger Jahre wurde es vom jetzigen Mehrheitsführer Tom DeLay geführt – in Kooperation mit Jim Backlin, inzwischen Chef-Lobbyist der Christian Coalition. Man hält moralische Werte hoch und sieht sich als »konservatives Gewissen« der Republikanischen Partei.<sup>58</sup> Die Nähe zur Führung im Repräsentantenhaus verschafft dem RSC eine wichtige Rolle – vor allem wenn es gilt, Spannungen zwischen wirtschaftslibertären und wertkonservativen Parteimitgliedern auszugleichen.

Die Wertkonservativen, eine Gruppe von etwa 40 Abgeordneten, sind im »Value Action Team« (VAT) zusammengeschlossen. Das VAT wird vom Abgeordneten Joseph Pitts geleitet und koordiniert die Positionen verschiedener Interessengruppen, Think-Tanks und anderer externer Akteure im legislativen Prozeß. Laut Lori Waters vom Eagle Forum sind in diesem informellen Netzwerk etwa 30 bis 40 Organisationen, insbesondere die christlich rechten, regelmäßig vertreten. Umgekehrt kann die politische Führung im Abgeordnetenhaus Unterstützung an der

sional Reform, in: *Journal of Law and Politics*, (1989) 5, S. 625–655.

<sup>57</sup> Zitat von Jeffrey *DeBoer*, President und Chief Operating Officer des Real Estate Roundtable, übersetzt aus: Alan *Ota*, *Caucuses Bring New Muscle to Legislative Battlefield*, in: *Congressional Quarterly Weekly*, 27.9.2003, S. 2334ff.

<sup>58</sup> Alan *Ota*, *Republican Study Committee Revels in Conservative Clout*, in: *Congressional Quarterly Weekly*, 27.9.2003, S. 2338.

<sup>56</sup> Siehe zum Beispiel Charles *Caldwell*, *Government by Caucus: Informal Legislative Groups in an Era of Congress-*

Basis aktivieren, um Themen mit moralischem Gehalt in ihrem Sinne zu beeinflussen.<sup>59</sup>

Das vor kurzem etablierte Pendant auf der Senatsseite wird von Senator Sam Brownback geleitet.<sup>60</sup> Auch hier treffen sich gleichgesinnte Senatoren oder ihre federführenden Mitarbeiter wöchentlich und koordinieren ihre legislative Arbeit mit religiösen Interessengruppen. Leitende Netzwerker des Abgeordnetenhauses sind ebenfalls beteiligt, um die Aktivitäten beider Kammern zu koordinieren. Senator Sam Brownback und der Abgeordnete Joseph Pitts stimmen sich regelmäßig ab und senden ihren jeweiligen Gruppen in Senat und Abgeordnetenhaus ein wöchentliches Briefing über anstehende Themen und aktuelle Interessenlagen.<sup>61</sup>

Der Einfluß des Netzwerkes reicht bis in die Senatsführung. »Wir haben sehr gute Beziehungen zu [Majority Leader] Bill Frist«, bestätigt Kristin Hansen, Media Director des Family Research Council. »Er beschäftigt einen Mitarbeiter, der zuvor eine wesentliche Rolle im Value Action Team spielte. Das zeigt uns, daß Senator Frist die Bedeutung der Sozial- und Moral-konservativen innerhalb der Republikanischen Partei einzuschätzen weiß.«<sup>62</sup> Die Zirkel auf beiden Seiten des Kapitols bestehen zu etwa einem Drittel aus Kongreßmitarbeitern und zu zwei Dritteln aus Externen: Graswurzel-Organisationen, Interessengruppen, Lobbyisten und Think-Tanks.<sup>63</sup> Diese Zirkel und Netzwerke beschäftigen sich immer häufiger mit außenpolitischen Fragen.

## Außenpolitik

Moralische Positionen spielen auch in der Außenpolitik eine zusehends sichtbare Rolle. Indem Strategen der Republikaner heiklen Themen wie Aids oder Abtreibung die Spitze in der innenpolitischen Auseinandersetzung nehmen und die Themen selbst in die außenpolitische Arena verschieben (ausführlicher

dazu weiter unten, S. 21f), entstehen neue Betätigungsfelder für die Christliche Rechte, ohne daß dabei gemäßigte Wähler abgeschreckt werden. »Die amerikanische Wählerschaft war tief gespalten in diesen Kulturkriegen, und niemand hätte sie gewonnen«. Mit diesen Worten erklärt Richard Cizik, Direktor der National Association of Evangelicals in Washington, die Abkehr von innenpolitischen Stellungskriegen und die Hinwendung der Christian Right zu außenpolitischen Themen. Die neuen internationalen Bemühungen hingegen, so Cizik, »erweisen sich als voller Erfolg« (»are going gangbusters«).<sup>64</sup>

Auch in anderer Hinsicht spielt Außenpolitik – in der eigenen Wählerkoalition – eine konsensstiftende Rolle. Mit dem Terrorismus wurde eine neue Bedrohung virulent, die ein enges Zusammenrücken im Kampf gegen den äußeren Feind notwendig erscheinen läßt.

## Irakkrieg

Für Präsident Bush und seine Parteigänger war der Waffengang im Irak nur eine weitere Schlacht im langwierigen Krieg gegen den Terrorismus. Dennoch blieben vor der Intervention Zweifel, ob Amerika dem Kurs seines Obersten Befehlshabers geschlossen folgen würde.<sup>65</sup> Die Amerikaner standen nicht einmütig hinter ihrem Präsidenten, sie waren in der Irakfrage geteilter Meinung: 84% der Parteigänger des Präsidenten unterstützten den Krieg; nur 37% der Demokraten waren bereit, dem Kurs George W. Bushs zu folgen.<sup>66</sup>

Angesichts der mangelnden parteiübergreifenden Unterstützung war Präsident Bush um so mehr auf den Rückhalt seiner Basis angewiesen. Es hing also sehr viel davon ab, wie er seine Anhänger auf den Waffengang gegen den irakischen Diktator einstimmte. George W. Bush assoziierte schließlich nicht nur die

<sup>59</sup> Interview J. B. mit Lori *Waters*, Executive Director, Eagle Forum, 14.7.2003.

<sup>60</sup> Interview J. B. mit Cindy *Diggs*, Legislative Assistant, Representative Joseph Pitts (R-PA), 17.7.2003.

<sup>61</sup> Interview J. B. mit Deana *Funderburk*, Policy Analyst, Majority Leader Tom DeLay (R-TX), 16.7.2003.

<sup>62</sup> Interview J. B. mit Kristin *Hansen*, Media Director, Family Research Council (FRC), 11.7.2003.

<sup>63</sup> So die Einschätzung von Jim Backlin, dem ChefLobbyisten der Christian Coalition; Interview J. B. mit Jim *Backlin*, 16.7.2003.

<sup>64</sup> Zitiert in: Nicholas *Kristof*, The Evangelicals. International Aid, for Heaven's Sake, in: International Herald Tribune, 22.5.2002, S. 6 [Übersetzung J. B.].

<sup>65</sup> Ausführlicher zur öffentlichen Meinung im Vorfeld des Irakkrieges siehe Josef *Braml*, Amerika vor dem Krieg. Welchen Rückhalt genießt die Bush-Administration in der eigenen Bevölkerung?, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Februar 2003 (SWP-Aktuell 8/03), <[http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?id=113](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=113)>.

<sup>66</sup> Umfrage vom 17. bis 19.2.2003. Siehe Frank *Newport*, Support for War Modestly Higher among More Religious Americans. Those Who Identify with the Religious Right Most Likely to Favor Military Action, Gallup News Service, 27.2.2003.

Lage im Irak mit der existentiellen Bedrohung Amerikas durch Massenvernichtungswaffen in den Händen von Terroristen, sondern machte seinen Landsleuten auch die historische Mission Amerikas deutlich: »Wir gehen mit Zuversicht voran, weil dieser Ruf der Geschichte das richtige Land erreicht hat. [...] Die Amerikaner sind ein freies Volk, das weiß, daß die Freiheit das Richtige für jeden Menschen und die Zukunft jeder Nation ist. Die Freiheit, die wir schätzen, ist nicht Amerikas Geschenk an die Welt, sie ist das Geschenk Gottes an die Menschheit. Wir Amerikaner glauben an uns, aber nicht nur an uns. Wir geben nicht vor, alle Wege der Vorsehung zu kennen, aber wir vertrauen in sie, setzen unser Vertrauen in den liebenden Gott, der hinter allem Leben und der gesamten Geschichte steht. Möge Er uns jetzt leiten. Und möge Er weiterhin die Vereinigten Staaten von Amerika segnen.«<sup>67</sup>

Besonders nach dieser kriegsvorbereitenden Rede zur Lage der Nation vom 28. Januar 2003 wurde dem Präsidenten eine merklich größere Zustimmung für seine Politik von weißen, an die Wiedergeburt glaubenden (*born-again*) Protestanten zuteil als vom Rest der Bevölkerung (siehe Abbildung 3 im Anhang, S. 34).

Mitte Februar 2003 befürworteten 59% der Bevölkerung den Krieg, darunter 70% derjenigen, die sich als »Mitglieder der religiösen Rechten« identifizierten. Neben der parteipolitischen Unterstützung spielten also auch religiöse Motive eine Rolle: 62% der Amerikaner, denen Religion »sehr wichtig« ist, unterstützten den Krieg und 49% derjenigen, denen Religion »nicht sehr wichtig« ist.<sup>68</sup>

Mit seiner wegweisenden Rede zur Lage der Nation wollte der Commander in Chief seine Anhänger auf den Waffengang vorbereiten. Seine Wortwahl mag europäische Beobachter irritieren, vielen seiner Landsleute gab sie jedenfalls Zuversicht. George W. Bush ist nicht der erste Präsident, der religiöse Rhetorik bemüht, um seine Politik zu legitimieren und Unterstützung zu mobilisieren. Gerade in Krisenzeiten – Amerika sieht sich seit dem 11. September 2001 im Krieg – fand das Bemühen um eine religiöse Sinn-

gebung immer wieder Eingang in »historische« Reden amerikanischer Präsidenten. Der amtierende Präsident (und sein Chef-Redenschreiber Michael Gerson)<sup>69</sup> gibt sich den evangelikalen Christen darüber hinaus häufig durch die Wahl seiner Sprache als einen der Ihren zu erkennen.<sup>70</sup>

Diese Rhetorik ist identitätsstiftend und rückt das »von Gott beinahe auserwählte [almost chosen]« Amerika (so schon Abraham Lincoln) in die unmittelbare Nähe des auserwählten Volkes Israel.

### »Jüdisch-christliche Schicksalsgemeinschaft«

Indem Präsident Bush mit »moralischer Klarheit« gegen Terroristen vorgeht, sehen ihn seine politischen Verbündeten auch fest an der Seite Israels – ein Kernanliegen der christlich rechten wie der jüdischen Lobby. Vor der Zäsur 9/11 fanden bei allzu deutlicher Parteinahme für Israel vielerorts und selbst im eigenen Lager kritische Stimmen Gehör, die zwischen dem nationalen Interesse Amerikas und jenem Israels differenzierten. Nach den traumatischen Anschlägen vom 11. September 2001 betonten mehr Amerikaner die »jüdisch-christliche Schicksalsgemeinschaft« und suchten gemeinsam Sicherheit im Kampf gegen den Terrorismus.<sup>71</sup> Sie fühlen sich denselben Feindseligkeiten ausgesetzt und ebenso verwundbar wie die Israelis in ihrem Heimatland.

Besonders für evangelikale Christen ist das Wohlergehen Israels eine Frage der nationalen Sicherheit Amerikas: »Amerika wird keine freie Nation bleiben, wenn wir Israels Freiheit nicht verteidigen.«<sup>72</sup> Mit diesem Satz brachte Jerry Falwell den Kerngehalt der »jüdisch-christlichen Schicksalsgemeinschaft« schon Anfang der achtziger Jahre zum Ausdruck. Zwanzig Jahre später sprach der Republikanische Abgeordnete Tom DeLay, bekennender evangelikaler Christ aus Texas und Mehrheitsführer im Abgeordnetenhaus,

67 Siehe George W. *Bush*, Bericht zur Lage der Nation, 28.1.2003, <<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/01/20030128-19.html>>; Übersetzung der amerikanischen Botschaft in Berlin, USINFO-B-DE.

68 Umfrage vom 17. bis 19.2.2003; siehe Frank *Newport*, Support for War Modestly Higher among More Religious Americans. Those Who Identify with the Religious Right Most Likely to Favor Military Action, Gallup News Service, 27.2.2003.

69 Michael Gerson wird vom Präsidenten hochachtungsvoll »Der Schriftgelehrte« genannt. Seine Bibelfestigkeit erwarb der gelernte Theologe u.a. am Wheaton College.

70 Siehe auch Joan *Didion*, Mr. Bush & the Divine, in: New York Review of Books, 50 (6.11.2003) 17.

71 Vgl. auch Dana *Allin*/Steven *Simon*, The Moral Psychology of US Support for Israel, in: Survival, 45 (Herbst 2003) 3, S. 123–144.

72 Übersetzt aus *Dobson*/Jerry *Falwell*/Edward *Hindson* (Hg.), The Fundamentalist Phenomenon. The Resurgence of Conservative Christianity, Garden City, NJ: Doubleday, 1981, S. 215.

erneut von dem »Schicksal, das Amerika und Israel teilen«.<sup>73</sup>

Das politische Engagement der Christlichen Rechten in der Nahostpolitik, und dabei vor allem das Eintreten für den Schutz Israels, kann mit mehreren Faktoren erklärt werden. Die traditionelle anti-semitische Haltung fundamentalistischer Christen findet seit dem Holocaust keine gesellschaftliche Akzeptanz mehr. Laut Grover Norquist, einem einflußreichen Strategen der Republikaner, sehen konservative Christen in der Unterstützung Israels eine Gelegenheit, ihr intolerantes Image loszuwerden: »Sie sind es leid, als Antisemiten gebrandmarkt zu werden.«<sup>74</sup>

Viele sehen zudem in der Gründung des Staates Israel ein Zeichen für die Erfüllung biblischer Weissagungen: Jesus Christus wird erst dann wiederkommen, wenn Israel in seinen alttestamentarischen Grenzen etabliert ist. Erst dann ist der Boden für den Entscheidungskampf (Armageddon) bereitet, bei dem das »Gute« endgültig über das »Böse« siegen wird.<sup>75</sup>

Auch wenn man dieser Eschatologie nicht folgen möchte, handelt es sich aus der Sicht des christlich Rechten Gary Bauer dennoch um eine – von der allgemeinen Bevölkerung besser nachvollziehbare – grundsätzlich moralische Angelegenheit: »Bei den christlichen Zionisten herrscht ein sehr starker Glaube an den »Abraham-Bund«<sup>[76]</sup>. Sie wären sehr ungehalten, wenn auch nur ein winziger Teil des Landes für ein Friedensversprechen aufgegeben würde. Ich denke, daß eine größere Gruppe von Christen ihre Opposition gegen die Preisgabe von Land eher moralisch als religiös begründet, wobei das moralische Argument lautet, daß man Bösewichtern gegenüber keine Konzessionen machen soll.«<sup>77</sup>

Für Elliott Abrams bleibt es wichtig, daß Juden verstehen lernen, »daß künftig konservative Christen Israels Lobby sein müssen, weil es dafür nicht genug

Juden geben wird.«<sup>78</sup> Abrams ist als Senior Director im National Security Council (NSC) im Weißen Haus für Nahostfragen zuständig. Vor seinem Eintritt in die Bush-Administration leitete er das Center for Ethics and Public Policy (CEPP). Das CEPP ist ein religiöser Think-Tank, der sich der Aufgabe widmet, Juden und konservative Christen miteinander zu versöhnen. Abrams gehört zum harten Kern neokonservativer Kritiker des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses.

Das politische Interesse christlich Rechter am Heiligen Land bedeutet, daß »die Pro-Israel-Lobby in den letzten zehn Jahren deutlich stärker geworden ist.«<sup>79</sup> In Verbindung mit der ohnehin gewichtigen Lobby Israels sorgt das politische Gewicht der Christlichen Rechten dafür, daß der Handlungsspielraum der Exekutive enger wird: »Eine US-Administration, die eine harte Haltung gegenüber Israel einnehmen wollte, weiß, daß sie vom Kongreß umgehend kritisiert und vielleicht auch ausgehebelt wird.«<sup>80</sup>

Christlich rechte Leitfiguren wie Gary Bauer legen ihr ganzes Gewicht in die politische Waagschale, damit gewährleistet wird, daß Israel der terroristischen Bedrohung in gleicher Manier begegnen kann wie Amerika: »Nach unserem Empfinden ist die sogenannte Bush-Doktrin für den Umgang mit Terroristen sehr gut: Man soll nie mit Terroristen verhandeln, man soll ihnen nie Konzessionen machen. Jede Nation, die Terroristen beherbergt, unterstützt oder in irgendeiner Weise fördert, ist genauso schuldig wie die Terroristen.«<sup>81</sup>

Ein Beispiel für den politischen Druck, den diese Lobby ausüben kann: Im April 2002 waren die evangelikalen Christen empört, als Präsident Bush den Anschein erweckte, er würde die Aktionen der israelischen Armee in der palästinensisch besiedelten West-Bank auf eine Stufe mit den Selbstmordanschlägen der Palästinenser stellen. Sie kritisierten darüber hinaus, daß er sich nicht vehement genug für die Absetzung Yassir Arafats einsetze. Schlimmer noch: Er

73 Siehe Howard *Fineman*/Tamara *Lipper*, A Very Mixed Marriage, in: Newsweek, 2.6.2003.

74 Übersetzt aus ebd.

75 Für ausführlichere Informationen zur Weissagungs-ideologie der Christlichen Rechten und ihr Verhältnis zu Israel siehe Grace *Halsell*, Prophecy and Politics. The Secret Alliance between Israel and the U.S. Christian Right, Chicago, IL: Lawrence Hill Books, 1989.

76 Der Begriff »Abrahamic Covenant«, auch »Bund am Sinai« genannt, bezeichnet Gottes Bündnis mit Abraham und seinen Nachkommen: die Segnung und Landverheißung (Genesis 12, 15, 17).

77 Interview J. B. mit Gary *Bauer*, President, American Values, 22.7.2003.

78 Übersetzt aus Michael *Dobbs*, Back in Political Forefront. Iran-Contra Figure Plays Key Role on Mideast, in: Washington Post, 27.5.2003, S. A01.

79 So Norman *Ornstein* vom American Enterprise Institute (AEI), einer der renommiertesten Kenner des politischen Systems der Vereinigten Staaten. Übersetzt aus James *Kitfield*, The Ties That Bind, and Constrain, in: National Journal, 20.4.2002.

80 Ebd. [Übersetzung J. B.].

81 Interview J. B. mit Gary *Bauer*, President, American Values, 22.7.2003.

wagte es, seinen Außenminister Colin Powell zu einem Treffen mit Arafat zu schicken. »Das war mehr, als wir, die wir Israel unterstützen, ertragen konnten«, resümiert Gary Bauer.<sup>82</sup> Daraufhin wurde das Weiße Haus mit Tausenden von E-Mails und Briefen überschüttet. Gary Bauer, Jerry Falwell, Pat Robertson und weitere Mitstreiter orchestrierten einen dringenden Appell, Scharon in Ruhe und Arafat fallenzulassen. Nachdem auch noch führende Kongreßabgeordnete, Senatoren und Neokonservative innerhalb der Bush-Administration und in den gleichgesinnten Think-Tanks ihrem Unmut Luft gemacht hatten, erklärte Ari Fleischer, der damalige Sprecher des Weißen Hauses, Scharon zum »Mann des Friedens«.<sup>83</sup>

### Internationale Aids-Hilfe

Auch in der Aids-Politik betrieb die Christliche Rechte massives Lobbying und fand beim Präsidenten und seinen Beratern ein offenes Ohr: »Frühere Republikanische Administrationen erwiderten häufig unsere Telefonanrufe. [...] Diese Administration hingegen ruft uns an, um uns zu fragen: ›Was haltet ihr davon?‹«<sup>84</sup>

Das wurde auch bei der Initiative des Präsidenten deutlich, 15 Milliarden US-Dollar zur Verfügung zu stellen, davon fast 10 Milliarden neuer Mittel,<sup>85</sup> um in den am stärksten betroffenen Ländern Afrikas und der Karibik eine Trendwende in der Ausbreitung und Bekämpfung von Aids zu bewirken. »Diese Nation kann die Welt anführen«, so Bush, »wenn es darum geht, unschuldige Menschen vor einer Geißel der Natur zu bewahren.«<sup>86</sup>

82 Übersetzt aus dem Newsweek-Artikel: *Fineman/Lipner*, A Very Mixed Marriage [wie Fn. 73].

83 Ebd.

84 So Richard *Land*, ein Vertrauter Karl Roves und Vertreter der Southern Baptist Convention (SBC). Übersetzt aus Elisabeth *Bumiller*, Evangelicals Sway White House on Human Rights Issues Abroad, in: New York Times, 26.10.2003.

85 P.L. 108-25, 117 Stat. 711 (H.R. 1298): The United States Leadership Against HIV/AIDS, Tuberculosis, and Malaria Act of 2003. Die Summe von 15 Mrd. US-Dollar für die nächsten fünf Jahre zur Aids-Bekämpfung ist beträchtlich und wäre in der Tat vorbildhaft für andere Nationen. Doch handelte es sich bei diesem Gesetz um ein Rahmengesetz, eine Autorisierung von Geldern, die es erst später, in den jährlichen Haushaltsverfahren, zu bewilligen gilt.

86 George W. *Bush*, Bericht zur Lage der Nation, 28.1.2003; Übersetzung der amerikanischen Botschaft in Berlin, USINFO-B-DE.

Bei genauerem Hinsehen wird jedoch deutlich: vor- und außereheliche Enthaltbarkeit haben in dem Gesetz oberste Priorität, ein Drittel der bilateralen Hilfe zur Aids-Prävention soll für Abstinenzprogramme verwendet werden. Es war einmal mehr der Abgeordnete Joseph Pitts (R-PA), Leiter des Value Action Team (VAT), der den entsprechenden Gesetzänderungsantrag im Abgeordnetenhaus einbrachte.<sup>87</sup>

Des weiteren versagte Präsident Bush dem multinationalen Globalen Hilfsfonds zur Aids-Bekämpfung (Global Fund) eine üppigere Zuweisung von Mitteln. Dafür erhalten nationale religiöse Organisationen mehr staatliche Mittel; ihnen ist es freigestellt, im Kampf gegen die Epidemie auf die Bereitstellung von Kondomen zu verzichten. Indem die Vereinigten Staaten nunmehr auf nationale Hilfskanäle (vor allem die U.S. Agency for International Development, USAID) setzen, können sie die Art der Hilfe kontrollieren: So gehen zum Beispiel auch keine Gelder an Organisationen, die in irgendeiner Form in anderen Bereichen oder Projekten Abtreibung unterstützten.

### Abtreibung und Entwicklungshilfe

Als einer seiner ersten Amtshandlungen reaktivierte Bush die von seinem Vorgänger Clinton außer Kraft gesetzte »Mexico City«-Politik,<sup>88</sup> wonach es USAID untersagt ist, Gelder an Organisationen zu geben, die in ihren Familienplanungsprogrammen Abtreibung nicht ausschließen.

Im Juli 2003 forderte die Bush-Administration den vom Kongreß bewilligten<sup>89</sup> 34-Millionen-US-Dollar-Beitrag für den Weltbevölkerungsfonds (UN Population Fund, UNFPA) ein, nachdem Abtreibungsgegner dem Fonds unterstellt hatten, mit seinen Mitteln Zwangsabtreibungen und Sterilisationen in China unterstützt zu haben. Dies geschah, obwohl Außenminister Powell zuvor den Anschuldigungen auf der Grundlage einer Untersuchung des State Department widersprochen

87 Vgl. \$15 Billion AIDS Package Clears House, in: National Journal, 5.3.2003.

88 Die sogenannte Mexico-City-Politik geht auf die Reagan-Administration zurück. Sie wurde 1984 anlässlich der International Conference on Population in Mexico City offiziell angekündigt und verpflichtete alle NGOs, die amerikanische Gelder erhalten, bei ihrer internationalen Arbeit zur Geburtenkontrolle keine Abtreibungspraktiken zu unterstützen. Die Maßnahme wurde 1993 von Präsident Clinton außer Kraft gesetzt.

89 P.L. 107-115 (FY2002 Foreign Operations Appropriations).

hatte.<sup>90</sup> Im September wurden die dem UN-Bevölkerungsfonds vorenthaltenen Gelder nationalen Organisationen zugewiesen (dem Child Survival and Health Programs Fund des USAID). Ein weiterer Versuch, im Rahmen der Haushaltsgesetzgebung für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 jeweils 50 Millionen US-Dollar für den UN-Bevölkerungsfonds zu autorisieren, scheiterte an der Vetodrohung des Präsidenten.<sup>91</sup>

Insgesamt ziehen religiöse Aktivisten für ihren Präsidenten eine gute Zwischenbilanz: »Seitdem die Bush-Administration an der Regierung ist, konnten wir eine dramatische 180-Grad-Wende gegenüber dem Kurs der Clinton-Delegierten beobachten«, bestätigt Wendy Wright, Senior Policy Director der Concerned Women for America.<sup>92</sup> Diese politischen Ergebnisse sind einerseits dem Präsidenten geschuldet; die Christian Right kann sie andererseits aber auch dem eigenen, pragmatischeren Engagement und ihrer Professionalisierung gutschreiben.

<sup>90</sup> Vgl. Kerry *Dumbaugh*, China–U.S. Relations: Current Issues for the 108th Congress, CRS Report for Congress, 15.9.2003, Washington, DC: Congressional Research Service, Library of Congress, S. 14, und Todd *Purdum*, U.S. Refusal on Population Fund Is Blow for Powell, in: International Herald Tribune, 24.7.2002, S. 3.

<sup>91</sup> Vgl. Fall Agenda: Foreign Relations Authorization Act. Bills: HR 1950, S 925, in: Congressional Quarterly Weekly, 30.8.2003, S. 2078.

<sup>92</sup> Zitate von Wendy *Wright* übersetzt aus: Gregg *Sangillo*, Abortion: Going Global, in: National Journal, 11.1.2003.

## Wirkungen auf das transatlantische Verhältnis

Wie wichtig und tragfähig ist die außenpolitische Plattform bei dem Bemühen, die Allianz der Republikaner mit der Christlichen Rechten zu festigen? Sind derartig fundierte christlich rechte Machtstrukturen für das transatlantische Verhältnis von Bedeutung? Ein außenpolitischer Themenfokus ist für Amtsinhaber Bush wichtig, um dauerhafte Republikanische Mehrheiten auf religiös rechter Basis zu gewährleisten. Der Kampf gegen den Terrorismus könnte neue Macht- und Wertestrukturen etablieren, die langfristig wirkmächtig bleiben: Ein derartiges religiöses Establishment würde nicht nur weiterhin versuchen, das Weltbild und den Kurs amerikanischer Außenpolitik zu beeinflussen, sondern auch für den innenpolitischen Rückhalt zur militärischen Durchsetzung seiner Werte sorgen. Das würde zur weiteren inneren Polarisierung Amerikas beitragen und Divergenzen in den transatlantischen Beziehungen produzieren.

### Ein religiös-moralisches Weltbild

Für die Strategen der Republikaner bleibt es ein schwieriger Balanceakt, die Christliche Rechte gewogen zu halten, ihr Wähler- und Wahlkampfpotential zu mobilisieren, ohne dabei die Unterstützung gemäßiger, werteliberaler Republikaner aufs Spiel zu setzen. Die Aufrechterhaltung der Allianz mit der Republikanischen Partei ist auch für die Strategen der Christlichen Rechten nach wie vor eine heikle Gratwanderung: Das Ringen um politische Macht erfordert pragmatische Zugeständnisse. Vor allem in der innenpolitischen Auseinandersetzung läuft man Gefahr, die moralischen Prinzipien preiszugeben, die zur Mobilisierung der eigenen Basis wichtig waren und die insofern eine Grundvoraussetzung für die politische Arbeit bilden. Christliche Fundamentalisten hegen strikte Überzeugungen, nach denen die Welt in Gut und Böse aufgeteilt ist; im politischen Spektrum hingegen müssen Kompromisse im pragmatischen Graubereich gefunden werden, die sich den Schwarz-Weiß-Kategorien einer dichotomen Weltsicht entziehen.

Konsensfähige außenpolitische Themen sind wichtig, um eine dauerhafte Koalition zu schmieden. Besonders Fragen der nationalen Sicherheit bieten eine

tragfähige Plattform, auf der sich konservative Eliten und Wähler verschiedener Richtungen versammeln können – und ein Bindemittel, um die Kohäsion einer breiteren dauerhaften Republikanischen Mehrheit zu gewährleisten. Angesichts der terroristischen Bedrohung scheint ein inneres Zusammenrücken im Kampf gegen den äußeren Feind notwendig. Laut Präsident Bush haben die Terroristen vom 11. September den »American way of life« angegriffen, einen Weg, der von Gott vorgezeichnet sei. Amerika fühlt sich zwar angeschlagen, aber dennoch gewappnet und ist sich gewiß, unter der starken Führung seines Präsidenten das »Böse« zu besiegen.<sup>93</sup> Wie schon Präsident Reagan – in einer Rede vor Evangelikalen – dem »Reich des Bösen« den Kampf angesagt hatte, mobilisierte Präsident Bush Amerika für den Kampf gegen die »Achse des Bösen«.

Karl Rove, der strategische Kopf der Republikaner und Vertraute des Präsidenten, versucht, eine permanente Republikanische Mehrheit aufzubauen. Diese strukturelle Mehrheit würde ein »realignment«, eine dauerhafte Veränderung der Wählerstruktur und damit des Wahlverhaltens voraussetzen.<sup>94</sup> Sie vollzöge sich neben wirtschaftlichen und werteorientierten Fragen vor allem im Hinblick auf Themen der nationalen Sicherheit. Die Sicherheitsbedrohung bot dem Präsidenten eine Gelegenheit, in Wahlkämpfen für seine entschlossene Politik gegen den Terrorismus zu werben. Das Thema der nationalen Sicherheit war entscheidend bei den Zwischenwahlen 2002<sup>95</sup> und wird

<sup>93</sup> »These terrorists kill not merely to end lives but to disrupt and end a way of life« – so Präsident Bush in seiner Rede vor dem Kongreß am 19. September 2002. Siehe: A Nation Challenged. President Bush's Address on Terrorism before a Joint Meeting of Congress, in: New York Times, 21.9.2001, S. B4.

<sup>94</sup> Da der Begriff »realignment« im gängigen Sinne eine bleibende Veränderung beschreibt, ist ein sicherer Befund erst ex post möglich. Man kann aber dennoch strukturelle Faktoren analysieren und auf ein entsprechendes Potential hinweisen. Siehe James *Sundquist*, Dynamics of the Party System. Alignment and Realignment of Political Parties in the United States, Washington, DC: Brookings Institution Press, 1993, S. 5–6.

<sup>95</sup> Für eine ausführlichere Analyse der Zwischenwahlen siehe Josef *Braml*, Freie Hand für Bush? Auswirkungen der Kongreßwahlen auf das innenpolitische Machtgefüge und



auch künftig Priorität im Kalkül der Wähler und Wahlstrategen des Präsidenten haben.

Die politische Sprengkraft der Anschläge vom 11. September 2001 wird um so deutlicher erkennbar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß frühere massive Umstrukturierungen von Parteiloyalitäten im Gefolge nationaler Krisen erfolgten:<sup>96</sup> Zu einer Wählerschaft von 30 Millionen Menschen, die im Sicherheitssektor ihren Lebensunterhalt verdienen,<sup>97</sup> kommen nunmehr jene unzähligen Amerikaner hinzu, die um ihr Leben fürchten. Das Datum »Nine Eleven« – die neue Bedrohungslage und deren Perzeption – könnte durchaus tektonische Verschiebungen in der Wählerstruktur zeitigen, wenn es dem Präsidenten und seiner Partei in den Augen der Amerikaner gelingt, entschlossen im Kampf gegen den Terrorismus zu handeln und das Land vor weiteren Angriffen zu schützen.

Für den wahrscheinlichen Fall, daß sich der Kampf gegen den Terrorismus noch lange hinziehen wird, werden die Wahlkampfstrategen der Republikaner und vor allem die Christliche Rechte sicherheitspolitische »Existenzfragen« sowie moralische und religiöse Themen im Zentrum der politischen Agenda zu halten versuchen und damit auch den Rahmen für die Auseinandersetzung um die politische Macht in den Vereinigten Staaten festlegen.

Aus der historisch fundierten Perspektive Walter Russell Meads vom Council on Foreign Relations, eines der scharfsinnigsten Beobachter amerikanischer Außenpolitik, ist das politische Erstarken konservativer evangelikaler und fundamentalistisch-religiöser Bewegungen eine der bedeutsamsten kulturellen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten. Sie bildet die Grundlage für ein neuartiges (außen)politisches Establishment. Dieses neue religiöse Establishment werde zusehends versuchen, seiner Weltsicht politische und militärische Kraft zu verleihen: »In dem Maße, wie

sich amerikanische Außenpolitik um den Kampf mit Fanatikern im Mittleren und Nahen Osten [Middle East] dreht, die ihrerseits daran glauben, einen religiösen Krieg gegen die Vereinigten Staaten zu führen, wird die religiöse Führung konservativer Protestanten eine Hauptrolle dabei spielen, die Werte und Ideen zu artikulieren, für die viele Amerikaner bereit sein werden zu kämpfen.«<sup>98</sup>

Damit bleiben Faktoren eines möglichen »realignment« im nationalen wie internationalen Kontext wirksam. Die Machtsymbiose zwischen der religiösen Rechten und den Republikanern würde – im doppelten Sinne des Wortes – Sinn machen: Sie könnte ein polarisierendes Weltbild in der amerikanischen politischen Auseinandersetzung etablieren, das Fernwirkungen auf die reale Welt haben wird.

## Begrenzter Handlungsspielraum

Der Einfluß der Christlichen Rechten begrenzt auch den Handlungsspielraum des Präsidenten bei außenpolitischen Themen, denen seine Stammwähler Priorität einräumen. Die aktuelle Veröffentlichung einer längerfristig angelegten Datenreihe des Pew Research Center kam zu dem Ergebnis, daß Republikaner und Demokraten in Fragen nationaler Sicherheit so weit auseinander liegen wie nie zuvor. Während die Republikanische Wählerschaft nationaler Sicherheit einen erheblich höheren Stellenwert beimißt, was sich in ihrer wesentlich höheren Bereitschaft zeigt, nunmehr auch die präemptive Anwendung militärischer Gewalt sowie im Kampf gegen den Terrorismus die Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte zu akzeptieren, sprechen sich die Demokraten – nicht zuletzt infolge des Irakkrieges – immer häufiger gegen die Anwendung militärischer Gewalt aus. Für 69% der Republikaner ist zum Beispiel »militärische Stärke der beste Weg, den Frieden zu sichern«; in der Demokratischen Wählerschaft hingegen befürworten nur 44% das Setzen auf militärische Stärke. 1997 war das Verhältnis noch 65% versus 56%; Mitte der neunziger Jahre gab es also deutlich mehr »Falken« in den Reihen der Demokraten.<sup>99</sup>

die Außenpolitik der USA, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2002 (SWP-Aktuell 55/02), <[http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?id=406](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=406)>.

<sup>96</sup> Siehe Jerome *Clubb*/William *Flanigan*/Nancy *Zingale*, *Partisan Realignment: Voters, Parties, and Government in American History*, Beverly Hills, CA: Sage, 1980.

<sup>97</sup> Beim Thema nationale Sicherheit liegen laut Berechnungen der Brookings Institution bzw. des International Institute for Strategic Studies (IISS) selbst in Friedenszeiten etwa 30 Millionen Wählerstimmen in der politischen Waagschale: aktives und pensioniertes Militärpersonal, Veteranen sowie Angestellte im industriellen Militärkomplex – deren Familienangehörige nicht mitgerechnet. Siehe Dana *Allin*/Philip *Gordon*/Michael *O'Hanlon*, *The Democratic Party and Foreign Policy*, in: *World Policy Journal*, 20 (Frühjahr 2003) 1, S. 7–16.

<sup>98</sup> Vgl. Walter Russell *Mead*, *Power, Terror, Peace, and War: America's Grand Strategy in a World at Risk*, New York: Alfred Knopf, 2004, S. 95.

<sup>99</sup> *Pew Research Center for the People & the Press*, *Evenly Divided and Increasingly Polarized. 2004 Political Landscape*, 5.11.2003, S. 27–32.

Die Republikaner bleiben eher geneigt, militärische Gewalt anzuwenden – vor allem der harte Kern der evangelikalen Christen. Im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt setzen sie mehr auf militärische Stärke als auf Diplomatie, um Frieden zu gewährleisten.<sup>100</sup> Gemäß einer Umfrage spielen sogenannte »strength issues« – militärische Stärke und Härte im Kampf gegen den Terrorismus, gegen das »Böse« – für weiße Evangelikale eine äußerst wichtige Rolle. Für 93% ist es »extrem/sehr wichtig«, Amerikas Militär schlagkräftig zu halten.<sup>101</sup>

Christlich Rechte sind auch davon überzeugt, »daß Frieden im Nahen Osten nicht mit vertraglichen Vereinbarungen, diplomatischen Gesten oder wohlwollenden Gefühlen erreicht werden kann.« Laut Gary Bauer »wird nur ein starkes und lebensfähiges Israel im Konzert mit den mächtigen und resoluten USA Frieden erreichen.«<sup>102</sup> In gleichem Sinne begrüßte die Christliche Rechte das kompromißlose Vorgehen Präsident Bushs gegen das Tyrannen-Regime in Bagdad.

Im Vorfeld des Irakkrieges konnte sich der Präsident der Unterstützung seiner religiösen Wählerschaft an der politischen Heimatfront sicher sein. Angesichts der Polarisierung der öffentlichen Meinung in der Irakfrage war diese Unterstützung für ihn notwendig, um seinen außenpolitischen Kurs durchsetzen zu können. Im Gegenzug verpflichtet sie den Obersten Befehlshaber aber auch, Kurs zu halten.

Nach dem Waffengang im Zweistromland haben sich in den USA die innenpolitischen Fronten weiter verhärtet. Der Kampf gegen den Terrorismus könnte für Präsident Bush Risiken bergen: Der Irakkonflikt wird im Wahlkampf um das Präsidentenamt die Wählerschaft des Herausforderers, Senator John Kerry, mobilisieren helfen. Laut einer Umfrage treibt die Irakfrage neun von zehn Demokraten um: Für 40% von ihnen ist dieses Thema »sehr wichtig«, für weitere 48% gar »extrem wichtig«, wenn sie am 2. November ihre Wahlentscheidung treffen.<sup>103</sup>

<sup>100</sup> Siehe *Kohut et al.*, The Diminishing Divide [wie Fn. 2], S. 130–133.

<sup>101</sup> Siehe *Greenberg/Berkbold*, Evangelicals in America [wie Fn. 14], S. 18–20, Questionnaire, S. 6–8.

<sup>102</sup> Übersetzt von der Website von American Values, <[http://www.ouramericanvalues.org/issues\\_foreign.htm](http://www.ouramericanvalues.org/issues_foreign.htm)> [Zugriff am 4.11.2003].

<sup>103</sup> Gallup-Umfrage vom 6. bis 8. 2.2004; siehe Frank *Newport*, The Potential Impact of Iraq on the Election. Iraq Issue Is of Particular Importance to Democrats, Gallup News Service, 19.3.2004.

Für Präsident Bush bleibt es demnach oberste Priorität, sich seiner Stammwähler zu versichern – indem er im Kampf gegen den Terrorismus weiterhin die nötige Härte zeigt und im Irak standhaft bleibt. Wenige Monate vor den Wahlen im November hielten es acht von zehn Parteigängern des Präsidenten der Mühe wert, den Krieg gegen den Irak zu führen (79% der Demokraten nicht).<sup>104</sup> Gemäß einer Studie des Pew Research Center und des Council on Foreign Relations vom August 2004 sind nach den Erfahrungen im Irak nur 44% der Demokraten der Meinung, daß präemptive Kriegführung gegen potentielle Feinde gerechtfertigt sei, während im Lager der Republikaner eine überwältigende Mehrheit (88%) den präemptiven Einsatz militärischer Mittel billigt.<sup>105</sup>

Religiöse Einstellungen spielen auch in der Frage des Irakkrieges eine signifikante Rolle: Häufige Kirchgänger bleiben eher geneigt, ihn zu unterstützen, als weniger religiöse Amerikaner.<sup>106</sup> Vor allem weiße evangelikale Protestanten sind nach wie vor der Auffassung, daß der Waffengang im Irak »gerechtfertigt« ist, und sieben von zehn (72%) der Evangelikalen halten darüber hinaus am Konzept der präemptiven Kriegführung fest.<sup>107</sup> Das bleibt nicht ohne Wirkung auf die Kompromißfähigkeit des amerikanischen Präsidenten bei existentiellen Fragen der Sicherheit Amerikas und nicht zuletzt auch Israels.

## Divergenzen in den transatlantischen Beziehungen

Der wachsende Einfluß der christlichen Rechten, ja die zunehmend christlich rechte Legitimation der Amtsführung der Bush-Administration hat zur trans-

<sup>104</sup> Gallup-Umfrage vom 8. bis 11.7.2004; siehe Joseph *Carroll*, American Public Opinion about the Situation in Iraq, Gallup-Analyse, 13.7.2004.

<sup>105</sup> *Pew Research Center*, Umfrage in Zusammenarbeit mit dem *Council on Foreign Relations*, Eroding Respect for America Seen as Major Problem. Foreign Policy Attitudes Now Driven by 9/11 and Iraq, 18.8.2004, S. 26, <<http://people-press.org/reports/pdf/222.pdf>>.

<sup>106</sup> Vgl. National Annenberg Election Survey, Blacks, Hispanics Resist Republican Appeals But Conservative White Christians Are Stronger Supporters than in 2000, 25.7.2004, S. 2, 5, 7, <[http://www.annenbergpublicpolicycenter.org/naes/2004\\_03\\_religion-release\\_07-26\\_pr.pdf](http://www.annenbergpublicpolicycenter.org/naes/2004_03_religion-release_07-26_pr.pdf)>.

<sup>107</sup> John *Green*, The American Religious Landscape and Political Attitudes: A Baseline for 2004, Washington, DC: Pew Forum on Religion and Public Life, September 2004, S. 34, <<http://pewforum.org/publications/surveys/green-full.pdf>>.

atlantischen Entfremdung beigetragen. Dissonanzen zeigten sich vor allem im Hinblick auf den Waffen-gang im Irak und den Nahostkonflikt.<sup>108</sup> Sie sind nicht nur auf rhetorische Entgleisungen einiger Protagonisten und politische Stilfragen amtierender Regierungen zurückzuführen, sondern auch auf tiefergreifende strukturelle Besonderheiten, die in der Gesellschaft und im politischen System der Vereinigten Staaten verankert sind.<sup>109</sup>

Vor diesem Hintergrund stehen die transatlantischen Beziehungen vor immensen Herausforderungen. Die meisten Europäer wollen die außenpolitischen Beziehungen mit den USA lockern. Selbst die Bürger traditionell enger Verbündeter Amerikas sprechen sich dafür aus, bei Sicherheits- und diplomatischen Fragen einen unabhängigeren Weg einzuschlagen. In einer Umfrage im April/Mai 2003 des Pew Research Center befürworteten zum Beispiel 45% der britischen Bevölkerung, die Mehrheit (57%) der Deutschen und drei Viertel der Franzosen (76%) eine größere Distanz zu den Vereinigten Staaten.<sup>110</sup> Diese Tendenz ist steigend: Knapp ein Jahr später, im Februar/März 2004, wurde die Distanzierung der Europäer von den USA noch markanter. 56% der Briten, 63% der Deutschen und 75% der Franzosen votierten dafür, daß in militärischen und diplomatischen Angelegenheiten der außenpolitische Kurs Europas unabhängiger von dem der USA sein sollte.<sup>111</sup> Eine aktuellere Umfrage des German Marshall Fund (GMF) bestätigt diese Umorientierung: Drei Fünftel der europäischen Bevölkerung (59%), allen voran die Franzosen (73%), aber auch die Mehrzahl der Deutschen (60%), halten die amerikanische Führungsrolle für nicht wünschenswert.<sup>112</sup>

**108** Gravierende Unterschiede in den Politikpräferenzen werden aber auch bei den ebenso besprochenen Themen der internationalen Aids-Bekämpfung und der Entwicklungshilfe deutlich, die aber bislang weniger prominent auf der transatlantischen Tagesordnung stehen.

**109** Auf die geopolitischen Veränderungen seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes kann hier nicht eingegangen werden. Diese sind neben den hier besprochenen kulturellen Entfremdungen ein weiterer gravierender Faktor, der die Basis der transatlantischen Beziehungen grundlegend veränderte.

**110** *The Pew Global Attitudes Project*, Views of a Changing World, Washington, DC: Pew Research Center, 3.6.2003, S. 29.

**111** *The Pew Global Attitudes Project*, A Year after Iraq War: Mistrust of America in Europe Ever Higher, Muslim Anger Persists, Washington, DC: Pew Research Center, 16.3.2004, S. 8.

**112** *GMF*, Transatlantic Trends 2004. Top-Line Data, September 2004, S. 8, <[http://www.transatlantictrends.org/apps/gmf/ttweb2004.nsf/0/461EA7D25CC77DA185256F020059C76D/\\$file/Topline+with+logo+final.pdf](http://www.transatlantictrends.org/apps/gmf/ttweb2004.nsf/0/461EA7D25CC77DA185256F020059C76D/$file/Topline+with+logo+final.pdf)>.

Eine differenziertere Analyse zeigt, daß diese Entfremdung größtenteils der Politik des amtierenden Präsidenten geschuldet ist: Knapp drei Viertel (74%) der Deutschen und Franzosen sowie 59% der Bevölkerung Großbritanniens sind nicht generell kritisch gegenüber Amerika eingestellt, sondern beziehen ihre Kritik konkret auf Präsident George W. Bush.<sup>113</sup> Dieser »Anti-Bush-Faktor« wurde einmal mehr in der aktuellsten GMF-Studie deutlich: Drei Viertel (76%) der Bevölkerung Europas (Deutschland: 86%) sind gegen die Außenpolitik der Regierung Bush.<sup>114</sup>

Initiativen in der Nahostpolitik sind nach wie vor mit einem hohen Risiko des Scheiterns behaftet, nicht zuletzt aufgrund des politischen Drucks christlich Rechter in den USA. Sie bilden eine wirksame Allianz mit neokonservativen Gegnern der Zwei-Staaten-Lösung, die vom sogenannten Nahostquartett – bestehend aus den USA, der EU, der Russischen Föderation und den Vereinten Nationen – in Form einer »Wegskizze« (*Road Map*) vorgezeichnet wurde. Neokonservative Vordenker, die früher nicht selten als »Häuptlinge ohne Indianer« geschmäht wurden,<sup>115</sup> wissen nunmehr um ihre erweiterte Machtbasis im Kongreß und in der amerikanischen Gesellschaft. Eine über das rhetorische Bekenntnis zur »Road Map« hinausgehende Forderung und Druck auf beide Konfliktparteien, den Weg zur Friedenslösung gleichzeitig und ohne Vorbedingungen zu beschreiten, würde Präsident Bush und seine Parteigänger im Kongreß in eine wahlstrategische Sackgasse führen. Auch in langfristiger Perspektive – im Hinblick auf strukturelle Mehrheiten der Republikaner in Weißem Haus und Kongreß – wird Bush selbst nach seiner Wiederwahl nicht allzuviel politisches Kapital aufs Spiel setzen wollen.

Künftig könnten sich transatlantische Divergenzen gar noch weiter vertiefen: Neben ihrem Einsatz gegen die »Road Map« betreibt die christlich Rechte auch nachhaltiges Lobbying für Sanktionen gegen Syrien und den Iran.

**113** Auch George W. Bushs Unbeliebtheit in Europa stieg weiter an: 57% der Briten und jeweils 85% der Franzosen und Deutschen hatten im Februar/März 2004 eine negative Meinung von ihm. Siehe *The Pew Global Attitudes Project*, Views of a Changing World, Washington, DC: Pew Research Center, 3.6.2003, S. 22; *The Pew Global Attitudes Project*, A Year after Iraq War [wie Fn. 111], S. 21.

**114** Umfrage vom 6. bis 24.6.2004; siehe *German Marshall Fund of the United States*, Transatlantic Trends 2004. Top-Line Data [wie Fn. 112], S. 23.

**115** So zum Beispiel Kevin *Phillips*, The Neoconservatives: Chiefs without Indians, in: Washington Post, 26.8.1979.

Die Bush-Administration signalisierte bereits am 16. September 2003 durch John Bolton, den Unterstaatssekretär für Rüstungskontrolle und Internationale Sicherheit, daß sie sich nicht länger der im Kongreß – vor allem von der jüdischen und christlich rechten Lobby – geforderten härteren Gangart wehre: »Wir ziehen es vor, diese Probleme mit friedlichen und diplomatischen Mitteln zu lösen«, erklärte Bolton bei einer Anhörung im Kongreß. »Aber der Präsident machte auch sehr deutlich«, so Bolton weiter, »daß wir keine Option vom Tisch nehmen.«<sup>116</sup>

Christlich Rechte wie Tom DeLay machen Damaskus für Anschläge der Hizbollah und anderer terroristischer Gruppen verantwortlich. Deshalb solle Syrien auf der Liste jener Länder des State Department verbleiben, die Terrorismus unterstützten. Des weiteren gelte, daß Syriens Massenvernichtungswaffen und ballistische Waffenprogramme die Sicherheit im Nahen Osten sowie nationale Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten von Amerika bedrohten.

Unter der Federführung Senator Sam Brownbacks, des maßgebenden Koordinators des Value Action Teams im Kongreß, sollen die Oppositionellen im Iran sowie Dissidenten – besonders iranische Rundfunk- und Fernsehsender in den USA – finanziell und »moralisch« unterstützt werden. Die aktuellen Bemühungen christlich Rechter gehen aber noch weiter: Nach Angaben der *Washington Post* (»Die USA stehen vor einem Scheideweg ihrer Iranpolitik«) will sich Senator Sam Brownback im Kongreß gar für einen »Regimewechsel« im Iran stark machen – nach dem Vorbild des Iraq Liberation Act.<sup>117</sup>

Diese Initiativen – die sich von den Politikvorstellungen deutscher und europäischer Vermittler unterscheiden – verdeutlichen, daß der Handlungsspielraum der amerikanischen Exekutive in der Nahostpolitik von christlich rechten Interessengruppen und deren Repräsentanten im Kongreß mitbestimmt wird. Christlich Rechte werden nachhaltig versuchen, über den legislativen Machthebel Einfluß auf die Exekutive zu nehmen: »Christliche Rechte werden künftig stärker in einige der Nahost-Themen involviert sein« – so Jim Backlin, Chef-Lobbyist der Christian Coalition.<sup>118</sup>

<sup>116</sup> Siehe Gayle *Putrich*, White House and Congress Join in Show of Force on Syria Sanctions Measure, in: Congressional Quarterly Weekly, 11.10.2003, S. 2522.

<sup>117</sup> Siehe Robin *Wright*, U.S. Faces a Crossroads on Iran Policy, in: Washington Post, 19.7.2004, S. A09.

<sup>118</sup> Interview J. B. mit Jim *Backlin*, Legislative Director, Christian Coalition of America, 16.7.2003.

## Fazit

Das christlich rechte Wähler- und Wahlkampfpotential ist für den Machterhalt der Republikaner im Weißen Haus und im Kongreß notwendig. Der Einfluß christlich Rechter auf amerikanische Politikvorstellungen bleibt bestehen, wie auch immer die Wahlen ausgehen mögen. Außenpolitische Akteure in Europa sollten sich bewußt sein, daß die religiöse Rechte in den Vereinigten Staaten ein bedeutendes und bleibendes politisches Gewicht hat.

Für den Fall, daß Amtsinhaber Bush nicht wiedergewählt werden sollte, könnte die Christliche Rechte zwar im »Entscheidungskampf« gegen den Terrorismus und im innenpolitischen »Kulturkampf« nicht mehr auf Gleichgesinnte im Weißen Haus und in der Administration zählen. Doch selbst dann bliebe das über Jahrzehnte kultivierte Organisationsgeflecht der Christlichen Rechten in der amerikanischen Gesellschaft wirkmächtig, nämlich über ihren organisatorischen Transmissionsriemen zur Legislative sowie über Netzwerke und Arbeitskreise gleichgesinnter Repräsentanten und Senatoren im Kongreß. Christlich Rechte bleiben auf absehbare Zeit innen- und außenpolitisch relevante Akteure, die amerikanische Präsidenten – und die mit ihnen verhandelnden internationalen Partner – ernst nehmen sollten.

Deutsche Regierungsvertreter, die sich um ein stärkeres Engagement europäischer Außenpolitik im Nahen Osten verdient gemacht haben, müssen bei ihren Initiativen auch den Einfluß christlich Rechter auf den möglichen Kurs amerikanischer Außenpolitik ins Kalkül ziehen.

Das religiös-moralische Gewicht der Christlichen Rechten über den legislativen Machthebel und die politische Basisarbeit auf der Graswurzelebene wird bis auf weiteres den Handlungsspielraum amerikanischer Präsidenten mitbestimmen – vor allem bei politischen Initiativen im »Heiligen Land«.

Deutsche wie europäische Politiker wären gut beraten, dieses Engagement zu berücksichtigen, wenn sie sich umfassendere Gedanken zur Neugestaltung des »Greater Middle East« machen.

Vor allem im Hinblick auf eine gemeinsame Politik gegenüber Syrien und Iran sollten europäische Akteure auch das Gespräch mit christlich rechten Interessenvertretern und Politikern suchen und sich

bemühen, die unterschiedlichen Einschätzungen der Realität und die verschiedenen Vorgehensweisen einander anzunähern.

Möglichkeiten transatlantischer Verständigung sind auch beim gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus in anderen Regionen gegeben. Die Befriedung Afghanistans wurde zum »Testfall« der Nato erhoben – dem traditionellen Eckpfeiler transatlantischer Verständigung. Gelingt es, in dieser Region weiterhin gemeinsame Projekte und Initiativen durchzuführen, so hätte dieser Erfolg Vorbildcharakter und böte Verantwortlichen dies- und jenseits des Atlantik eine gute Ausgangsbasis, ihre Zusammenarbeit im Hinblick auf eine stabilere Weltordnung fortzusetzen.

Regierungsvertreter sowie zivilgesellschaftliche Akteure diesseits des Atlantik sollten versuchen, die sich verhärtenden Positionen jenseits des transatlantischen Wertegrabens im Dialog aufzuweichen: Damit religiöse Standpunkte und Weltbilder christlich Rechter in Amerika nicht die Perspektiven für gemeinsame Interessen und künftige gemeinsame Herausforderungen verstellen und zu einer gravierenden langfristigen Belastung der transatlantischen Beziehungen werden.

Anhang

Tabelle 1

Konfessioneller Anteil an der Gesamtbevölkerung, 1965 versus 1996 (in %)

	1965	1996		1965	1996
<b>Christliche</b>			<b>Nicht-Christliche</b>		
Protestanten			Juden	2,4	2,0
Evangelikale (gesamt)	23,9	25,4	Muslime	*	0,5
Baptisten	13,5	13,6	Andere Nicht-Christliche	0,1	1,0
Reformierte, Bekennende	2,4	3,9	<b>Säkulare</b>		
Nicht Konfessionsgebundene	1,3	3,9	Atheisten oder Agnostiker	0,1	1,0
Pfingstkirchler	2,3	2,3	Keine Präferenz	9,6	15,3
Kirchen Christi	1,4	1,2			
Andere Evangelikale	3,0	0,5			
Mainline (gesamt)	27,2	22,1			
Methodisten	11,2	8,8			
Lutheraner	4,5	3,6			
Presbyterianer	4,2	2,1			
Episkopalisten	2,4	1,6			
Kongregationalisten	1,8	1,0			
Andere Mainline	3,1	5,0			
Schwarze (gesamt)	9,6	7,6			
Baptisten	5,5	4,0			
Methodisten	1,8	0,7			
Andere Schwarze	2,3	2,9			
Mormonen	1,3	1,6			
Andere Christliche	1,3	1,5			
Römisch-Katholische	23,9	21,8			
Östliche Orthodoxe	0,4	0,4			

\* Zahl ist für eine verlässliche Taxierung zu niedrig.

Quelle: 1965: Gallup; 1996: Pew Religion Survey; zitiert aus: Andrew *Kohut et al.*, The Diminishing Divide. Religion's Changing Role in American Politics, Washington, DC: Brookings Institution Press, 2000, S. 18.

Für ausführlichere Angaben zur Kategorisierung siehe Lyman *Kellstedt*/John *Green*, Knowing God's Many People. Denominational Preference and Political Behavior, in: David *Leege*/Lyman *Kellstedt* (Hg.), Rediscovering the Religious Factor in American Politics, Armonk, NY: Sharpe, 1993; Lyman *Kellstedt et al.*, Grasping the Essentials. The Social Embodiment of Religion and Political Behavior, in: John *Green et al.* (Hg.), Religion and the Culture Wars, Lanham, MD: Rowman and Littlefield, 1996.

Tabelle 2  
 Profil der (weißen) evangelikalten Protestanten (in %)

	<i>Engagierte</i>	<i>Andere</i>	<i>Gesamtbevölkerungs- durchschnitt</i>
Anteil an der Gesamtbevölkerung	16	8	
<b>Alter</b>			
18–29	16	18	22
30–44	31	29	33
45–64	31	30	27
65 und älter	20	23	17
<b>Geographie</b>			
Nordosten	10	9	21
Mittlerer Westen	25	27	25
Süden	52	44	34
Westen	13	20	21
Großstadtbewohner	13	18	20
Bewohner eines Großstadteinzugsgebietes ( <i>suburb</i> )	17	15	22
Kleinstadtbewohner	40	41	36
Landbewohner	29	25	21
<b>Bildung</b>			
ohne Abitur	20	27	17
mit Abitur ( <i>High School Diploma</i> )	38	38	35
an einer Hochschule studiert	24	23	26
mit Hochschulabschluß	18	13	21
<b>Einkommen</b>			
weniger als 20.000 US-Dollar	25	32	25
20.000–30.000	19	19	19
30.000–50.000	28	26	27
Mehr als 50.000	19	17	21
<b>Parteizugehörigkeit/-affinität</b>			
Republikaner/Republikanern nahestehend	62	51	44
Demokraten/Demokraten nahestehend	31	42	46
Unabhängige	7	8	9

Quelle: *Pew Research Center*, Zusammenstellung von Umfragedaten, 1994–1996; zitiert aus: Andrew *Kohut et al.*, *The Diminishing Divide. Religion's Changing Role in American Politics*, Washington, DC: Brookings Institution Press, 2000, S. 130–133.



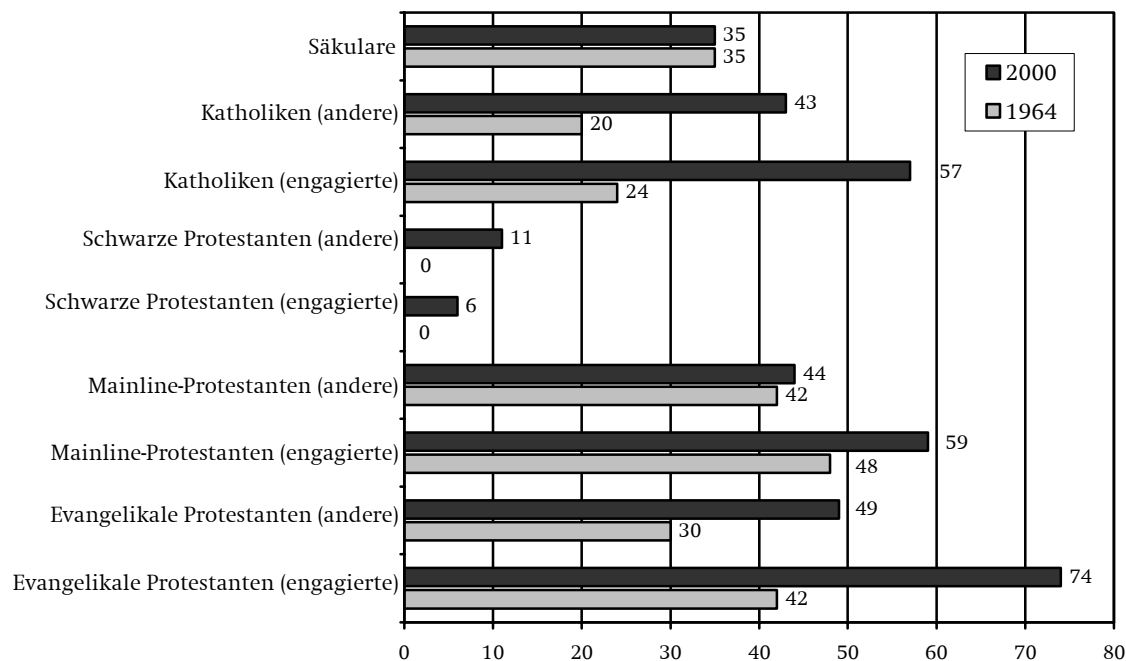
**Tabelle 3**  
**Übersicht von Organisationen der Christlichen Rechten**

<i>Organisation</i>	<i>Typ/Rechtsstatus<sup>a</sup></i>	<i>Gegr.</i>	<i>Budget (in Mio. US-Dollar)<sup>b</sup></i>
Alliance Defense Fund	LAG	1994	15,4 (2001)
American Center for Law and Justice	Advocacy Group	1990	12,1 (2001)
American Family Association	GRL	1977	11,4 (2000)
American Life League	GRL	1979	6,9 (2000)
American Renewal (Lobbying-Filiale des FRC, s.u.)	GRL	1992	
Americans United to Preserve Marriage	PAC	2004	
American Values	GRL	2000	
Campaign for Working Families PAC	PAC	1996	0,8 <sup>c</sup>
Catholic Family and Human Rights Institute (C-Fam)	Think-Tank	1997	
Christian Coalition	GRL	1989	3,0 (2000)
Concerned Women for America (CWA)	GRL	1979	12,7 (2000)
Council for National Policy	Elitennetzwerk	1981	
Eagle Forum	GRL	1972	2,3 (2000)
Family Research Council (FRC)	Think-Tank	1983	10,0 (2000)
Focus on the Family	Think-Tank & GRL	1977	128,8 (2000)
Free Congress Research and Education Foundation	Think-Tank	1977	11,4 (1997)
Leadership Institute	PTZ	1979	8,2 (2000)
Madison Project	PAC	1994	
National Right to Life Committee/NRLC PAC	GRL	1973	12,4 (1998)
Samaritan's Purse	Evangelikale Hilfsorganisation	1970	
Stand for Israel	GRL	2002	
Traditional Values Coalition	Dachorganisation von Kirchen	1980	

a GRL = Grassroots-Lobby, LAG = Legal Action Group, PAC = Political Action Committee, PTZ = Politisches Trainingszentrum.

b Zahlenangaben, soweit vorhanden, sind der Website von *People for the American Way* entnommen:  
 <<http://www.pfaw.org/pfaw/general/default.aspx?oid=3147>>.

c Zuwendungen im Wahlkampf 2001-2002.

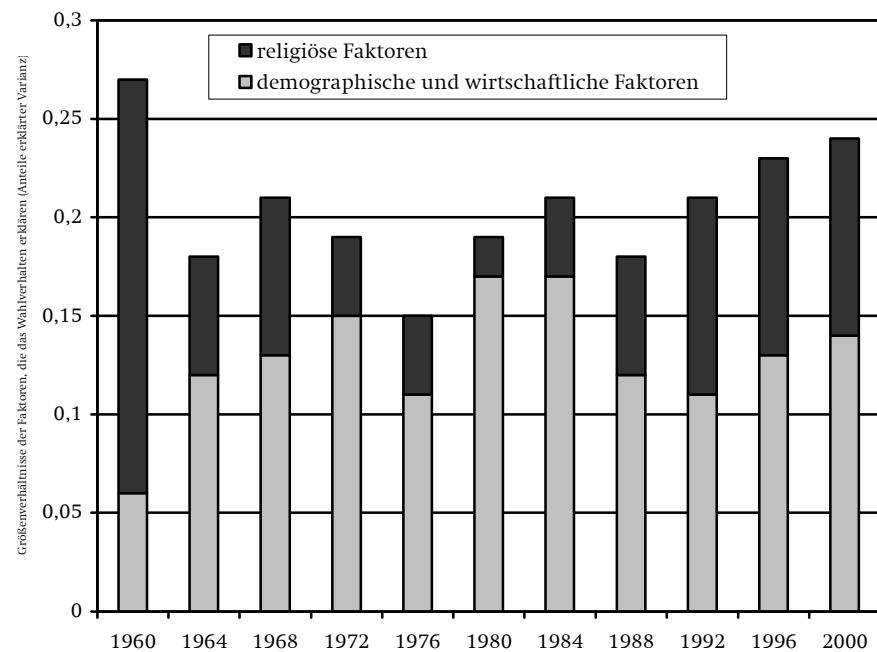
**Abbildung 1****Wählerstimmenanteil der Republikaner, 1964–2000 (in %)**

Anmerkung zum jeweiligen Anteil der Konfessionen an der Gesamtbevölkerung: engagierte evangelikale Protestanten 16%, andere evangelikale Protestanten 8%, engagierte Mainline-Protestanten 5%, andere Mainline-Protestanten 17%, engagierte schwarze Protestanten 5%, andere schwarze Protestanten 3%, engagierte Katholiken 9%, andere Katholiken 12%, Säkulare 16%.

Quelle: John *Green*/Scott *Keeter*, unveröffentlichte Auswertung von »National Election Studies«-Daten.

**Abbildung 2**

**Einfluß religiöser versus demographischer und wirtschaftlicher Faktoren auf das Wahlverhalten bei Präsidentschaftswahlen, 1960–2000**

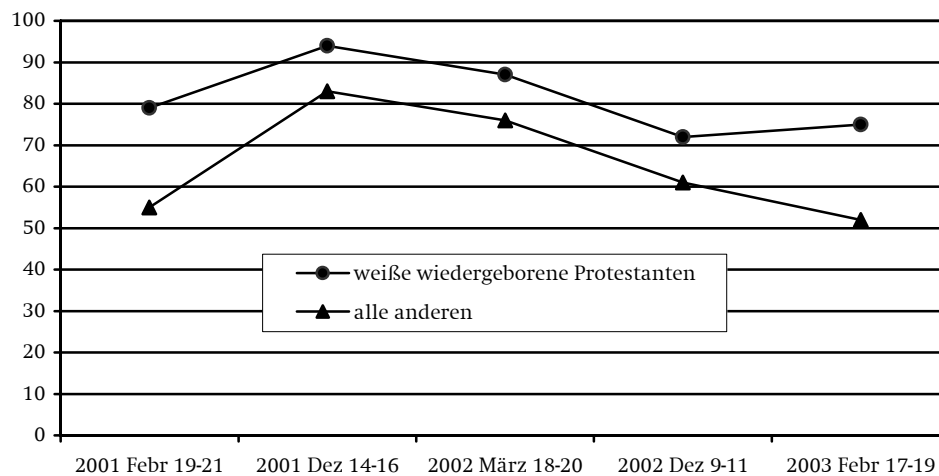


Quelle: John *Green*/Scott *Keeter*, unveröffentlichte Auswertung von »National Election Studies«-Daten.

Ich danke John Green und Scott Keeter für die anregenden Gespräche und ihre aktuellen Daten.

Abbildung 3

Zustimmungsrate für Präsident Bush, 19.2.2001–19.2.2003 (in %)



Quelle: Frank *Newport*/Joseph *Carroll*, Support for Bush Significantly Higher among More Religious Americans, Gallup-Umfrage-Analyse, 6.3.2003.

## Abkürzungen

AEI	American Enterprise Institute
ATR	Americans for Tax Reform
CEO	Chief Executive Officer
CEPP	Center for Ethics and Public Policy
CRS	Congressional Research Service
CWA	Concerned Women for America
FRC	Family Research Council
GMF	German Marshall Fund
GRL	Grassroots-Lobby
IISS	International Institute for Strategic Studies
LAG	Legal Action Group
MFN	Most Favored Nation
NRLC	National Right to Life Committee
NSC	National Security Council
PAC	Political Action Committee
RSC	Republican Study Committee
PTZ	Politisches Trainingszentrum
SBC	Southern Baptist Convention
UN	United Nations
UNFPA	United Nations Population Fund
USAID	U.S. Agency for International Development
VAT	Value Action Team
WTO	World Trade Organization